

# Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2008

## BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Potsdam

### Inhaltsverzeichnis

Leben in einer attraktiven Stadt – ökologisch, demokratisch und sozial .....	4
I. Für eine behutsame, ökologische, soziale und denkmalgerechte Stadtentwicklung.....	6
Die Potsdamer Mitte wiedergewinnen.....	6
Neubaugelbiete sanieren und weiterentwickeln .....	7
Innerstädtische Brachflächen entwickeln und wiederverwerten .....	7
See- und Flussufer erlebbar machen .....	8
Angemessene Nutzung der Parks ermöglichen.....	8
Natursteinpflasterstraßen als Gewinn für die Stadt betrachten.....	9
Die Besonderheiten des Potsdamer Nordens berücksichtigen .....	9
Kleingärten erhalten.....	9
II. Mehr Klimaschutz in Potsdam .....	10
Eine Klima- und Energiestrategie für Potsdam!.....	10
Realistische Energiepreissteigerungen annehmen .....	11
Hoch- und Tiefbauvorhaben auf ihre Klimarelevanz überprüfen.....	11
Bauleitplanung als Instrument der Energiepolitik nutzen.....	11
Energiekastaster für die Region Potsdam .....	11
Energie in städtischen Einrichtungen sparen.....	11
Die EWP weiter ökologisieren .....	12
Energie durch Sanierung von Wohngebäuden sparen .....	12
Mehr Bäume für Potsdam .....	12
Das Wasser in der Landschaft halten statt abzuleiten .....	13
Abfallwirtschaft in Potsdam weiter verbessern .....	13
Naturhaushaltsplan aufstellen .....	13
Umweltausschuss zum Umwelt- und Klimaausschuss machen .....	14
Klimaschutz als Produkt in den Produktkatalog der Stadt aufnehmen.....	14
Dienstreisen und Beschaffungswesen .....	14
Städtisches Personal klimapolitisch weiterbilden.....	14
III. Verkehr in Potsdam stadtverträglich und ökologisch gestalten.....	15
Verkehr in der Potsdamer Mitte umweltfreundlich entwickeln.....	15
Die Belange der Fußgänger stärker in den Blick nehmen .....	16

Radfahren attraktiver machen .....	16
Öffentlichen Personennahverkehr stetig weiter verbessern.....	17
Autoverkehr verringern.....	18
Tramphaltestelle einrichten! .....	19
IV. Familienfreundliche und soziale Stadt .....	20
Aus Kindergärten werden Bildungsgärten.....	20
Die Öffnung von Schule .....	21
Sanierung der Schulen vorantreiben – zeitgemäße Lernorte schaffen.....	22
Die engere Verzahnung von Jugendhilfe und Schule.....	22
Die bessere Vernetzung präventiv wirkender Systeme.....	22
Partizipation von Kindern und Jugendlichen .....	23
Weiterentwicklung des Breitensports.....	23
Die Qualität der sozialen Infrastruktur verbessern .....	23
Hindernisse für SeniorInnen und Behinderte beseitigen .....	24
V. Erfolgreiches Wirtschaften – Arbeit schaffen – vernünftig haushalten .....	25
Öffentliche Finanzen konsolidieren.....	25
Die Einnahmen verbessern .....	25
Städtisches Eigentum bewahren .....	26
Arbeitsvermittlung – gegen soziale Ausgrenzung und zur Reduzierung von Armut .....	26
Öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten .....	27
Potsdam für TouristInnen attraktiver gestalten.....	27
Internationale Zusammenarbeit als Standortfaktor nutzen.....	27
Ausgründungen aus der Wissenschaft und Existenzgründungen .....	27
Rahmenbedingungen für Unternehmen zukunftsfähig gestalten .....	27
Bestände sichern – langfristig wirtschaftliche Stabilität erreichen.....	28
VI. Potsdam – eine tolerante Stadt der Bürgerschaft.....	29
1. Vielfalt leben .....	29
Für eine moderne Integrationspolitik .....	29
Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt – für ein tolerantes Potsdam	30
2. Bürgerkommune Potsdam.....	31
Bürgerkommune fördern.....	31
Neue Kommunalverfassung bürgernah ausgestalten .....	31
Bürgerhaushalt weiterentwickeln.....	32
Verwaltung bürgernah gestalten – Transparenz schaffen .....	32

Potsdam soll Mitglied bei Transparency International werden .....	33
3. Diskriminierung beenden .....	33
Gleichberechtigung der Geschlechter schaffen.....	33
Gleiche Rechte für Schwule und Lesben .....	34
Mehrgenerationenhäuser fördern.....	34
VII.Kultur und Wissenschaft.....	35
Kulturstadt Potsdam .....	35
Etablierte Kultureinrichtungen und freie Träger.....	35
Gedächtnis der Stadt.....	36
Aus Intoleranz lernen – für eine kritischen Erinnerungskultur an authentischen Orten .....	36
Themenjahr 2009: „Die konstruktive Kraft des Bürgerwillens“ .....	37
Wissenschaftsstadt Potsdam – Potenziale nutzen .....	37

## **Leben in einer attraktiven Stadt – ökologisch, demokratisch und sozial**

Potsdam ist eine schöne und lebenswerte Stadt – das bekommen die Potsdamerinnen und Potsdamer immer wieder von allen Seiten bestätigt. Hier zu leben und zu arbeiten, ist für viele Menschen einzigartig und Grund, hier zu bleiben, hierher zu ziehen und hier Betriebe und Einrichtungen anzusiedeln. Die Attraktivität Potsdams ist somit einer der Gründe für den Aufschwung dieser Stadt. In sie zu investieren, zahlt sich von daher aus. Es wäre kurzsichtig, diese Investitionen zugunsten kurzfristiger Kosteneinsparungen zu unterlassen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich zu einer Stadtentwicklungspolitik, die der Ästhetik und der Denkmalpflege in Potsdam eine große Bedeutung beimisst. Dabei sehen wir es als eine besondere Herausforderung an, Denkmalpflege und den Schutz der Potsdamer Kulturlandschaft mit neuem Bauen, mit der Wirtschaftsentwicklung, sozialverträglicher Wohnraumentwicklung und einer modernen, umweltorientierten Verkehrsplanung zu vereinen. Neue große Bauvorhaben müssen sich bewusst den hohen Ansprüchen der Potsdamer Baugeschichte stellen. In allen Stadtentwicklungsfragen wollen wir Klima-, Umwelt- und Naturschutz angemessen mit berücksichtigt sehen.

Der Klimawandel ist in seinen Auswirkungen spürbar geworden. Um den Klimawandel auf ein erträgliches Maß zu begrenzen, müssen die Anstrengungen zur CO<sub>2</sub>-Einsparung und zur Entsiegelung vor Ort beginnen. Klimapolitik ist Zukunftspolitik. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Potsdam haben dazu einen Katalog von Vorschlägen für Potsdam vorgelegt, den wir umsetzen wollen.

Zur Attraktivität Potsdams gehören aber nicht nur die besondere Bausubstanz und die historischen Schlösser und Gärten. Auch die soziale Infrastruktur gehört dazu. Potsdam ist als familienfreundlichste Stadt ermittelt worden – nicht zuletzt aufgrund der bestehenden Infrastruktur an Kinderbetreuungseinrichtungen. Dies ist mit Sicherheit ein Trumpf für die Attraktivität dieser Stadt, dessen Erhalt und Ausbau weitere Anstrengungen erfordert.

Wer sich in Potsdam umhört, der erfährt aber auch, dass Unzufriedenheit mit der Qualität, dem baulichen Zustand und der Ausstattung der öffentlichen Schulen und Kindertagesstätten in Potsdam besteht. Hier muss Potsdam deutlich nacharbeiten, um seine Attraktivität weiter zu steigern.

Auch in den Potsdamer Neubaugebieten gibt es angesichts der hohen Priorität, die andere Sanierungsgebiete bisher zu Recht erfahren haben, städtebaulichen Nachholbedarf, der in Angriff genommen werden muss. Es wäre aber falsch, zu behaupten, in den Neubaugebieten hätte sich seit 1990 nichts getan. Genauso falsch wäre es, Neubaugebiete gegen die Altbauggebiete, die in den Jahrzehnten vor 1990 vernachlässigt worden sind, auszuspielen. Denn ohne Wiedergewinnung und Sanierung der Potsdamer Altbauggebiete hätte Potsdam nicht zu der attraktiven Stadt werden können, die es mittlerweile ist.

Potsdam ist auch eine Stadt des Films, der Medien, Kreativwirtschaft und Wissenschaft. Die vielen unterschiedlichen Menschen aus vielen Ländern der Erde bringen Vielfalt und Bewegung in die Stadt. Schon deshalb muss Potsdam weiter an seiner Attraktivität arbeiten und rechtem Gedankengut keine Chance geben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ihre Vorgängerfraktionen Neues Forum/ARGUS und später Bündnis 90 haben seit 1990 auch als kleine Fraktion einen wesentlichen Beitrag zur Potsdamer Stadtpolitik und zur Entwicklung der Stadt geleistet und konnten so manche – wenn auch nicht alle – Bausünden verhindern. Ohne uns sähe Potsdam anders aus. Darauf sind wir auch ein wenig stolz, auch wenn uns das viele Angriffe derjenigen eingetragen hat, die für ein durchrationales, modernes Stadtbild stehen.

Wir haben uns dabei für Versachlichung der politischen Auseinandersetzung eingesetzt. Die Polarisierung, die von bestimmten Kräften in der Stadtpolitik zur eigenen Profilierung betrieben

wird, schadet der Stadt und ihrer Entwicklung, da sie oftmals nicht an gemeinsam getragenen Lösungen orientiert ist, sondern allein an der Durchsetzung der eigenen Vorstellungen.

Nur wer mitwirkt, kann auch mitgestalten. Wir möchten die Potsdamerinnen und Potsdamer weiter ermutigen, sich noch stärker in die Stadtpolitik selbst einzubringen. Dazu wollen wir die Möglichkeiten weiter verbessern. Den Bürgerhaushalt möchten wir zu einem echten Mitbestimmungsinstrument weiterentwickeln. In der bürgerbasierten Selbstverpflichtung zu einer Stadt der Toleranz sehen wir den Grundstein für eine erfolgreiche Entwicklung der Stadt, die alle Potsdamer und Potsdamerinnen mit einschließt.

Die Anliegen von Bürgerinitiativen nehmen wir ernst. Wir haben sie unterstützt und oft zu ihrem Erfolg beitragen können: in der Auseinandersetzung um die ISES, die Netzverknüpfung, die Bauqualität und Grünplanung im Französischen Quartier, den Wiederaufbau des Potsdamer Stadtschlosses, den Erhalt historischer Straßenbilder oder die Verhinderung eines Gewerbebehafens am Sacrow-Paretzer Kanal sowie zuletzt den Erhalt von Natursteinpflasterstraßen in Babelsberg.

Wir unterstützen ausdrücklich den Ausbau eines Stadtmarketings unter besonderer Berücksichtigung der Kulturstadt, der Stadt von Bildung und Wissenschaft und der grünen Stadt. Die Vergrößerung des Arbeitsmarktes durch den Tourismus und die Eigenschaften der idealen Wohnstadt könnten so noch wirkungsvoller gestützt werden.

## **I. Für eine behutsame, ökologische, soziale und denkmalgerechte Stadtentwicklung**

Potsdam ist mit der weltberühmten Kulturlandschaft ein Anziehungspunkt für alte und neue Einwohner, für Touristen und für Gewerbeansiedlungen. Die Landeshauptstadt bietet mit ihren großen Parkanlagen, Wasserflächen und kulturhistorisch bedeutenden Wohngebieten ideale Lebensbedingungen. Potsdam weist als eine der wenigen Städte eine positive Bevölkerungsentwicklung auf. Besonders junge Familien mit Kindern kommen nach Potsdam. Die Neubaugebiete aus der Zeit der DDR und die historischen Stadtteile sind ebenso bewohnt wie das nach der Wende errichtete Kirchsteigfeld oder die Wohnsiedlungen um das Buga-Gelände.

Die weitere Entwicklung der Stadt muss den modernen Anforderungen und Bedürfnissen Rechnung tragen, aber gleichzeitig diesen besonderen Stadtraum respektieren. Diese Anforderungen können nur mit einer ökologisch, sozial, nachhaltig und denkmalgerecht orientierten Stadtentwicklung erfüllt werden.

Kennzeichen bündnisgrüner Stadtentwicklungspolitik war immer die Erhaltung der historisch gewachsenen, schützenswerten Qualitäten Potsdams und ihre Wiedergewinnung in Bereichen, wo sie verloren gegangen sind. Die Erhaltung und Pflege des historischen Erbes ist für uns nicht Selbstzweck. Auch geht es nicht um ein Herausputzen der Stadt. Im Mittelpunkt stehen für uns vielmehr die Menschen: Die Bewohner Potsdams, die ständig hier leben und natürlich auch die Touristen, die Potsdam wegen seiner bedeutenden Sehenswürdigkeiten besuchen.

Für die Menschen ist die historisch gewachsene Stadtgestalt in aller Regel eine attraktive Umgebung – jedenfalls viel stärker als die spätere Stadtgestaltung im Sinne reiner Funktionalität und Autogerechtigkeit. Dies hat nichts mit einer Glorifizierung von Geschichte, Militarismus und Preußentum zu tun, sondern mit Genuss, Kultur und Entspannung. Dies wird deutlich, wenn man sich den typischen Besucher der preußischen Schlösser und Gärten ansieht. Dasselbe gilt auch für das Bedürfnis, bestimmte verloren gegangene Elemente des Stadtbildes wieder herzustellen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb die Potsdamer Kulturlandschaft schützen und bewahren und eine Stadtentwicklung verhindern, die diese durch unmaßstäbliche Architektur und Verkehrsstrassen zerstört. Dabei unterstützen wir die Wiederherstellung historischer Stadtteile ebenso wie die Verbesserung der Lebensqualität in den Neubaugebieten.

### **Die Potsdamer Mitte wiedergewinnen**

Ein wichtiges Anliegen ist für uns die Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte, denn hier klafft bisher ein großes städtebauliches Loch, das von sehr vielen BewohnerInnen und BesucherInnen auch als solches wahrgenommen wird. Die Potsdamer Mitte muss daher durch wichtige politische und kulturelle Funktionen aufgewertet werden. Wohnungen sollen für ihre Belebung sorgen. Die Wiederherstellung der zerstörten Stadtstrukturen ermöglicht ein menschliches Maß für die öffentlichen Räume, in denen man sich wohl fühlen kann. Die Verkehrsströme sollen sich den städtebaulichen Vorgaben anpassen. Die Berücksichtigung des bedeutenden baulichen Erbes wird die Aufenthaltsqualität wesentlich steigern. In der am historischen Grundriss orientierten Entwicklung der Potsdamer Mitte vor allem ein inakzeptables Verkehrshindernis zu sehen, wie das die Potsdamer Linke tut, wird der Stadt genauso wenig gerecht wie darin die Wiedererrichtung eines Symbols des Absolutismus zu sehen..

Das Engagement der BürgerInnen für den Wiederaufbau der historischen Außenfassaden des Stadtschlusses in Verbindung mit dem neuen Landtagsgebäude soll Berücksichtigung finden. Moderne Bauten in der Potsdamer Mitte müssen sich maßstäblich an den Vorgängerbauten orientieren und höchste architektonische Ansprüche erfüllen. Am Platz der Einheit soll die Stadt-

und Landsbibliothek saniert werden. Historisches Erbe, die Zeit der DDR und neues Bauen können hier eine spannende Synthese bilden.

Auch für das Stadtquartier um den Neuen Markt sehen wir das Potential einer bedeutenden Entwicklung: Die Sanierung des Brockschen Hauses und der Wiederaufbau des Langen Stalls für eine kulturelle Nutzung sind auch nach der Entscheidung, das Potsdam Museum im Alten Rathaus anzusiedeln, eine wichtige Option ermöglichen mit den anderen Museen des Quartiers eine dynamische Entwicklung. Wir unterstützen den Bau einer modernen jüdischen Synagoge in der Schloßstraße.

Die Errichtung der Garnisonkirche steht für uns im Rahmen des Coventry-Versöhnungsgedankens. Der von vielen heraufbeschworenen Wiederentstehung eines Symbols des preußischen Militarismus kann so aktiv begegnet werden, ohne auf den Wiederaufbau dieses wichtigen Gebäudes Potsdamer Architektur verzichten zu müssen. Mit den geisteswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen am Neuen Markt kann sich hier ein besonderes geistesgeschichtliches Zentrum entwickeln.

### **Neubaugebiete sanieren und weiterentwickeln**

Wir setzen uns für die Sanierung und Weiterentwicklung der Neubaugebiete aus der DDR-Zeit ein. Diese wurden häufig funktional als Schlafstätten für an anderer Stelle arbeitende Bewohner gebaut. Die Folge war, dass Aufenthaltsqualität, Vielfalt und der menschliche Maßstab in diesen Vierteln eine geringere Rolle spielten. Hieraus resultieren Probleme, die bis heute in manchen dieser Viertel auftreten.

Wir wollen, dass auch durch Umbaumaßnahmen die Lebensqualität in den Neubaugebieten gestärkt wird. Dafür sind auch mehr Flächen zu schaffen, die für das Verweilen geeignet sind. Dafür sind insbesondere bei der Verkehrsplanung die Belange der FußgängerInnen stärker zu berücksichtigen als das bisher der Fall ist. Wir können uns zum Beispiel eine Umgestaltung der Galileistraße oder der Konrad-Wolf-Allee vorstellen, bei der die überdimensionierten Flächen für den Autoverkehr zugunsten von Grünstreifen zurückgebaut werden. Eine gemeinsame Nutzung von Fahrbahnen für Straßenbahn und Autoverkehr ist für uns in diesen wenig beanspruchten Straßen denkbar.

Projekte, wie der Integrationsgarten am Schlaatz können dabei helfen, die Herausforderungen, die aus der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung in den Neubaugebieten erwachsen, aufzugreifen und zu bewältigen. Wir möchten derartige Projekte verstärkt fördern.

Die Stadtverordneten haben mit dem Beschluss, den entwickelten Masterplan für die Wohngebiete Stern, Drewitz und Kirchsteigfeld zur Grundlage der Entwicklung dieser Stadtteile zu machen, einen Schritt in die richtige Richtung getan. Leider halten sich einige Parteien nicht an den Beschluss. Wir hätten uns zum Beispiel andere Nutzungen der ehemaligen Brache am Sterncenter vorstellen können, die die Wohngebiete stärker zusammengeführt hätten, als es ein Gewerbebeansiedlung möglich macht. Auch beim großen Garagenkomplex am Schäferfeld sind wir anderer Meinung als andere Parteien. Wir wollen angesichts wachsender Wohnraumknappheit diese Fläche für den Wohnungsbau ausweisen. Die Erschließung dieses Bereiches würde dann auch ermöglichen, den Uferbereich des Baggersees mit sanitären Anlagen auszustatten.

### **Innerstädtische Brachflächen entwickeln und wiederverwerten**

Die ungebrochen fortschreitende Zersiedlung der Landschaft ist nicht nur umweltpolitisch schädlich, sondern sie vernichtet auch immer mehr fruchtbares Acker-, Grünland und Naturlandschaft, das zur Ernährung, als Rückzugsraum für Wildtiere und Pflanzen und als Erholungsraum der Menschen auch in Zukunft gebraucht wird. Wir Bündnisgrüne sehen es daher als notwendig an, der Zersiedlung etwas entgegen zu setzen.

Angesichts einer voraussichtlich weiter zunehmenden Einwohnerzahl werden in Potsdam auch in Zukunft neue Siedlungen gebraucht. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die Entwicklung von innerstädtischen Brachflächen zu attraktiven Orten für Wohnen, Handel und Gewerbe. Dies liegt im Interesse der Freihaltung der Potsdamer Kulturlandschaft von Bebauung. Es geht uns aber auch darum, in geeigneten Teilbereichen im Stadtgebiet eine urbane Verdichtung neu zu entwickeln. Hierzu zählen u. a. die Speicherstadt, das Gelände des früheren Reichsbahnausbesserungswerkes, aber auch das Havelufer am Alten Markt, die Flächen nördlich des Hauptbahnhofes an der Babelsberger Straße und die Fläche des früheren Straßenbahndepots an der Heinrich-Mann-Allee. Auch hier drängen wir auf Planungsqualität, die Einhaltung von Umweltverträglichkeit und Beteiligungsmöglichkeiten

Sinnvoll ist auch die Entsiegelung von ungenutzten bebauten Flächen aber, für die (noch) keine neue Nutzung in Sicht ist. Diese gilt es in Zukunft viel stärker als bisher voranzutreiben.

### **See- und Flussufer erlebbar machen**

Wir treten für die öffentliche Zugänglichkeit der See- und Flussufer ein. Diese Gebiete ermöglichen eine für Städte ohnehin gering bemessene Möglichkeit, Naturräume zu erleben. Insbesondere am Griebnitzsee und am Groß Glienicker See ist aber auch die Geschichte ein gewichtiges Argument, deren Uferwege erlebbar und im wahrsten Sinne des Wortes „erfahrbar“ zu halten. Die ehemaligen Grenzwege müssen als bedeutendes Zeugnis der deutschen Geschichte als Teil des Mauerradweges für den Radverkehr offen bleiben.

Um die Konflikte mit den GrundstückseigentümerInnen beizulegen, setzen wir auf Verhandlungen. Im Gegensatz zu anderen Parteien wären Enteignungen für uns allerhöchstens das letzte Mittel.

### **Angemessene Nutzung der Parks ermöglichen**

Die Parks der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten sind bedeutende kulturhistorische Erlebnisräume. Sie sind gleichzeitig Teil der Gesamtstadt und gehören zum Lebensraum der BürgerInnen. Sie tragen wesentlich zum guten Stadtklima bei.

Die Auseinandersetzungen um die Nutzung der Parks ist in den letzten Jahren sehr kontrovers und polarisiert geführt worden. Dabei vertreten wir Bündnisgrüne die Auffassung, dass es möglich ist und sein muss, Lösungen zu finden, die eine rücksichtsvolle Nutzung der Anlagen über die reine Betrachtung hinaus ermöglichen.

Dabei sollte das Radfahren auf bestimmten Verbindungswegen genau so möglich sein wie die Nutzung bestimmter Flächen als Liegewiesen. Dies sollte dann aber auch heißen, dass auf den anderen Wegen und Parkflächen der Vorrang anderer Erholungsnutzungen und des Schutzes der Parkanlagen geachtet wird.

Wir begrüßen ausdrücklich das Entgegenkommen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten beim Streit um das Radfahren in den historischen Parks. Damit im Sinne des neuen Radverkehrskonzeptes der Stadt alle Lücken auf den wichtigsten Fahrradrouten der Stadt geschlossen werden, fordern wir die Stiftung dazu auf, an einigen Stellen noch nachzubessern.

Die Barriere am Parkeingang in den neuen Garten an der Gotischen Bibliothek sollte abgebaut werden und der Weg bis zum Haupteingang an der Alleestraße zum Radfahren freigegeben werden. Genauso wie die Wege vom Dreikönigstor bzw. vom Eingang am Friedenshaus bis zur Friedenskirche bzw. dem Eingang Grünes Gitter im Park Sanssouci. Außerdem fordern wir die Aufhebung des immer noch geltenden Mitführverbots von Fahrrädern abseits der freigegebenen Strecken. Wir wünschen uns auch weiterhin einen lebendigen Dialog zwischen BürgerInnen und Stiftung zum beiderseitigen Nutzen.

## **Natursteinpflasterstraßen als Gewinn für die Stadt betrachten**

Straßen bilden zusammen mit den Hausfassaden und den Straßenbäumen den Stadtraum, den alle Bürger täglich erleben und nutzen. Sie tragen wesentlich zum Gesamtbild einer Stadt bei. Alle Straßen sollen als Lebensräume, nicht nur als Verkehrswege betrachtet werden.

Natursteinpflasterflächen sind dabei in mehrfacher Hinsicht wertvoll: Sie sind ein kostbares kulturelles Erbe. Sie sind ökologisch wertvoll, weil sie gut für das Stadtklima sind. Feuchtigkeit kann vor Ort versickern, verdunsten und die Straße abkühlen. Die lange Haltbarkeit und gute Reparaturfähigkeit macht die Straßen extrem wirtschaftlich.

Wir setzen uns für die Erhaltung der Straßen, ihre Reparatur, die Berücksichtigung und Pflege der handwerklichen Methoden ein. Wir fordern weiter ein Konzept zum Umgang mit den Natursteinpflasterstraßen ein. Vorgefundenes Erbe und heutige Verkehrsnutzung sind vereinbar, wenn die Lenkung der Verkehrsbelastung dem Natursteinpflaster Rechnung trägt und professionelle Verlegetechniken eine gute Befahrbarkeit und die Verminderung der Geräuschbelastung ermöglichen. Die Belange von Mobilitätsbehinderten und Sehschwachen sind uns dabei ebenso wichtig wie die der Radfahrer. Bauliche Detaillösungen und gegenseitige Rücksichtnahme machen alle Straßenräume für alle nutzbar. In diesem Zusammenhang wollen den Dialog zwischen Behindertenvertretern und Denkmalschutz weiter befördern. Denn auf diesem Gebiet ist noch einiges zu tun.

## **Die Besonderheiten des Potsdamer Nordens berücksichtigen**

Potsdam ist nicht nur Stadt, sondern zu einem großen Teil auch ländlicher Raum. Die Ortsteile im Potsdamer Norden haben vielfach ihren dörflichen Charakter bewahrt. Städtische Standards in der Straßenbeleuchtung, im Straßenbau sowie der Oberflächen- und Abwasserbeseitigung sind hier nur bedingt anwendbar. Dies gilt es in der Stadtpolitik zu berücksichtigen. Wir setzen uns für den Erhalt der bestehenden dezentralen Abwasseranlagen genauso ein wie für die ortsnahe Versickerung von Regenwasser. Wir unterstützen Initiativen, die den Nord- und Westraum in ihren kulturlandschaftlichen Qualitäten erkennen und entwickeln wollen, wenn Umwelt- und Naturschutzbelange dabei angemessen Berücksichtigung finden.

## **Kleingärten erhalten**

Kleingärten dienen u. a. der Naherholung und vermeiden Verkehr für Fahrten ins Grüne. Sie tragen aber auch dazu bei, vielen Städtern Umwelt und Natur nahe zu bringen. Dies ist gerade auch für Kinder ein nicht zu unterschätzender Beitrag, einen Bezug zur natürlichen Umwelt zu entwickeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen daher zu den Kleingärten und dem Kleingartenkonzept. Gleichzeitig können wir aber die Umwandlung von Kleingärten für andere städtebauliche Vorhaben nicht immer völlig ausschließen. Dies würde die Möglichkeiten der Stadtentwicklung ansonsten allzu sehr beschränken.

## II. Mehr Klimaschutz in Potsdam

Mit dem Klimawandel kommt eine von Menschen verursachte Bedrohung in nie da gewesenem Umfang auf uns und die Generationen unserer Kinder und Enkel zu. Auch wir in Brandenburg können die Vorboten beobachten: Sommerliche Dürreperioden führten in den letzten Jahren zu erheblichen Ernteeinbußen, sinkende Grundwasserpegel beeinflussen langfristig die Trinkwasservorräte, Flora und Fauna verändern sich, neue Krankheiten tauchen auf.

Experten halten es für erforderlich, den Pro-Kopf-Ausstoß des klimaschädlichen CO<sub>2</sub> innerhalb weniger Jahre auf etwa 2 t pro Jahr zu senken, um den Klimawandel in einem beherrschbaren Ausmaß zu halten. Der durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Einwohner in Deutschland betrug 2006 10,2 t jährlich. In Brandenburg waren es im Jahr 2003 23,8 t. Damit emittieren Brandenburger derzeit mehr als US-Amerikaner.

In Potsdam lag der CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Jahr 2005 bei 3,25 t pro Kopf – zuzüglich der Emissionen aus dem motorisierten Verkehr. Denn die wurden bei der Erstellung der aktuellen Potsdamer Klimabilanz völlig außen vor gelassen. In der Regel machen die Emissionen aus diesem Sektor mindestens ein Drittel des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes aus. In Potsdam dürfte die Quote wahrscheinlich sogar höher liegen, da es kaum Emissionen durch Industrieanlagen im Stadtgebiet gibt. Die Zahlen des Potsdamer Klimaberichtes müssen deshalb unter diesem Vorbehalt betrachtet werden. Inklusive der Emissionen durch den Autoverkehr muss von etwa 5,5 t CO<sub>2</sub> pro Einwohner jährlich in Potsdam ausgegangen werden. Die Stadtverwaltung kann daher nicht so tun, als hätte Potsdam das Klimaziel des Klima-Bündnisses von 2,5 t pro Einwohner bereits so gut wie erreicht.

Dennoch erkennen wir an, was die Stadt bisher erreicht hat. Hierzu trugen vor allem die Absage an die Braunkohle und der Bau des neuen Heizkraftwerkes Potsdam-Süd auf Erdgasbasis bei. Potsdam darf sich auf dem Erreichten aber nicht ausruhen, sondern es als Ausgangspunkt nutzen, um zukünftig in Brandenburg eine Vorreiterrolle im Klimaschutz einzunehmen.

### **Eine Klima- und Energiestrategie für Potsdam!**

Wir fordern für unsere Stadt Potsdam einen langfristigen Plan zur weitergehenden Verminderung des Ausstoßes an klimaschädlichen Treibhausgasen. Langfristig wollen wir den Ausstoß auf 2-2,5 Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich pro EinwohnerIn senken – inklusive der Emissionen aus dem motorisierten Verkehr. Dazu sind deutlich größere Anstrengungen als bisher erforderlich

Energieeinsparung ist in der Regel günstiger – auch als die Produktion erneuerbarer Energie. Deshalb müssen in Potsdam Energieeinsparung (z. B. durch Wärmedämmung) an erster Stelle der Bemühungen für eine klimafreundlichere Stadt stehen. Auch wenn Klimaschutz nicht zum Nulltarif zu haben ist, zahlen sich Investitionen in den Klimaschutz angesichts steigender Energiekosten perspektivisch aus. Darüber hinaus muss ein Maßnahmenkatalog zur Energieeinsparung sowohl für den privaten als auch für den öffentlichen Bereich entwickelt werden.

Die Stadt Potsdam muss Grundsatzentscheidungen über die Auswahl zukünftiger Energielieferanten fällen. Es darf kein Zurück zur Kohle und zur Atomenergie geben. Auf der anderen Seite müssen mittelfristig auch Erdgas und Erdöl durch Alternativen wie Wind, Sonne, Erdwärme und Biomasse ersetzt werden, selbstverständlich flankiert durch deutliche Effizienzsteigerung und Energieeinsparungen.

Dafür muss die Stadt zusammen mit den Stadtwerken eine Klima- und Energiestrategie für Potsdam erarbeiten. Eine Verbilligung von Ressourcen ist dabei der falsche Ausweg, weil er nur kurzfristig Entlastung schafft und die Probleme auf morgen vertagt. Bedürftige müssen daher durch ausreichende Erwerbs- und Sozialeinkommen in die Lage versetzt werden, für ihre Bedürfnisse wie Strom, Wasser, Wärme und Entsorgung aufzukommen.

## **Realistische Energiepreissteigerungen annehmen**

In den Jahren seit 2002 haben sich laut Statistischem Bundesamt der Heizölpreis durchschnittlich um mehr als 17 Prozent, und der Strompreis jeweils zwischen 5 und 10 Prozent jährlich erhöht.

Die Stadtverwaltung geht für die Wirtschaftlichkeitsberechnung von Investitionen in Energieeinsparmaßnahmen von einer deutlich geringeren Preissteigerung aus.

Die Stadt muss dringend zu einer realistischeren Berechnungsgrundlage kommen. Damit stellen sich wesentlich ehrgeizigere Energiesparmaßnahmen als wirtschaftlich dar, als sie heute verfolgt werden.

## **Hoch- und Tiefbauvorhaben auf ihre Klimarelevanz überprüfen**

Sämtliche städtischen Hoch- und Tiefbauvorhaben in Potsdam sind zukünftig im Vorhinein auf ihre Klimarelevanz und Belastungen für kommende Generationen zu überprüfen und bewerten. Die Ergebnisse sind öffentlich darzustellen und den Stadtverordneten vor Entscheidung über die Projekte vorzulegen. Der Klimaschutz muss fester Bestandteil des kommunalen Produktkataloges werden.

## **Bauleitplanung als Instrument der Energiepolitik nutzen**

Die Bauleitplanung ist das wichtigste Planungsinstrumentarium zur Lenkung der städtebaulichen Entwicklung. Hier werden wesentliche bauplanungsrechtliche Voraussetzungen getroffen, unter denen die kommunalen Bauaufsichtsbehörden für Bauvorhaben Baugenehmigungen erteilen energierelevante Festsetzungen müssen dringend Eingang in die Bauleitplanung in Potsdam finden.

Die Bauleitplanung ist um Vorranggebiete für Bauten mit erneuerbaren Energien und maximalem Energieverbrauch pro Quadratmeter zu ergänzen. Der Einsatz eines Anteils von mindestens 20 Prozent erneuerbarer Energien für Neubauten im Stadtgebiet Potsdam verpflichtend vorgeschrieben werden.

## **Energiekastaster für die Region Potsdam**

Wir fordern, alle städtischen Flächen und sonstigen Potentiale (z. B. jährliche Sonneneinstrahlung, Windpotential) für Wind, Sonne, tiefe und oberflächennahe Geothermie sowie Biomasse systematisch zu erfassen und die Ergebnisse einer öffentlichen Planung für den Ausbau erneuerbarer Energien zugrunde zu legen.

## **Energie in städtischen Einrichtungen sparen**

Die Stadt ist durch seine Einrichtungen ein großer Energieverbraucher. Die Stadt muss daher hier ihre Möglichkeiten zu Verminderung des Energieverbrauchs in städtischen Gebäuden ausschöpfen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- eine Analyse der Energieverbräuche und des energetischen Sanierungsbedarfs für alle städtischen Gebäude
- darauf aufbauend die Erstellung einer Sanierungsstrategie und Zeitplans
- die konsequente Nutzung des Instruments des Energiecontracting zur energetischen Bewirtschaftung und Sanierung städtischer Gebäude. Nach der Analyse sind durch den Oberbürgermeister Zielvereinbarungen mit dem Kommunalen Immobilien Service (KIS) über konkret zu erbringende Reduzierungen von Energieverbräuchen abzuschließen.

- bei jeder Sanierung und jedem Neubau zu prüfen, in welcher Form Wärme- und/oder Stromversorgung durch erneuerbare Energien sichergestellt werden kann. Dabei ist der Einsatz eines Anteils von mindestens 20% erneuerbarer Energien zu erreichen.
- Städtische Neubauten sollen grundsätzlich dem Passivhaus-Standard genügen.
- die Einführung von Energieausweisen für städtische Gebäude ist durchzuführen.
- Vereinen zur Errichtung von Bürgersolaranlagen und anderen Investoren von Solaranlagen überlässt die Stadt Potsdam ihre Dachflächen kostenlos, um die regenerative Energieversorgung zu fördern.
- In den städtischen Gebäuden sollen zukünftig ausschließlich Energiesparleuchten statt Glühbirnen zum Einsatz kommen.
- Umrüstung von Ampeln mit LED (ggf. über Contracting)
- Auf den Einsatz von Tropenholz bei Bau, Sanierung oder Modernisierung sowie bei der Vergabe von Vorhaben wird verzichtet.
- Die Stadt orientiert sich bei der Beschaffung von Holz an der Holzbeschaffungsrichtlinie des Bundes, anstatt unzertifiziertes Holz zu beschaffen.

### **Die EWP weiter ökologisieren**

Der städtische Strom- und Wärmeerzeuger Energie und Wasser Potsdam (EWP) soll so schnell wie möglich den Ausstieg aus dem Verkauf von Strom aus dem Bezug von Atomstrom sowie den Ausstieg aus dem Bezug von Kohlestrom vollziehen. Die EWP soll in die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien in Potsdam einsteigen und einen nach den Kriterien des Grüner Strom Label e. V. zertifizierten Ökostrom anbieten, damit Potsdamer KundInnen, die Wert auf einen qualitativ hochwertigen Ökostrom legen, weiterhin KundInnen der Stadtwerke bleiben können.

### **Energie durch Sanierung von Wohngebäuden sparen**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten die Bereitstellung von energieeffizienten Wohnungen mit niedrigen Betriebskosten nicht nur für klimapolitisch geboten, sondern auch im Interesse der Lebens- und Wohnqualität. Wir glauben nicht, dass die Menschen zukünftig bereit sein werden, in miserablen und schlecht gedämmten Wohnungen zu leben, auch wenn ihre finanziellen Möglichkeiten begrenzt sind. Wir stehen daher voll und ganz dahinter, die Potsdamer Wohnungen möglichst schnell vollständig energetisch zu sanieren.

Sinkenden Energiekosten stehen dabei aber steigende Kaltmieten gegenüber – wobei nicht immer die Einsparungen die Kostensteigerungen übersteigen. Es wäre aber falsch, energetische Sanierungen aus diesem Grund abzulehnen. Steigende Mieten sind insgesamt wirksamer dadurch zu begrenzen, dass ein leichtes Überangebot für alle nachgefragten Wohnungsgrößen besteht. Außerdem können zu hohe Mietkosten bei Bedürftige sinnvoller als durch schlechte Wohnungen durch ein erhöhtes Wohngeld aufgefangen werden. Hier sind Initiativen auf höheren politischen Ebenen erforderlich. Man darf auch nicht verkennen, dass ein großer Teil der Bedürftigen – nämlich die ALG-II-EmpfängerInnen – diese Mietkosten gar nicht trägt und von daher auch nicht von diesen steigenden Kaltmieten betroffen sind.

### **Mehr Bäume für Potsdam**

Der Baumbestand in Potsdam besonders in den Straßen ist nicht nur zu erhalten, sondern in kommenden Jahren deutlich zu erhöhen. Dies ist nicht nur aus ästhetischen Gründen erstrebenswert, sondern verbessert auch das Kleinklima in Potsdam und stabilisiert den Wasserhaushalt. Ein besonderes Augenmerk soll den Alleen in und um Potsdam gelten. Sie sind nicht nur

als wichtige Naturbestandteile und Luftreiniger, sondern auch als Bestandteil der Kulturgeschichte und landschaftsprägende Bestandteile zu erhalten und zu erneuern.

Bei geplanten Baumfällungen, die nicht der Gefahrenabwehr dienen, aber das Wohnumfeld von Potsdamerinnen und Potsdamern erheblich verändern, sind die AnwohnerInnen vor den Fällmaßnahmen zu informieren und in dafür anberaumten Versammlungen anzuhören. Beispiele in der Vergangenheit haben – zum Beispiel in der Wichgrafstraße – gezeigt, dass so einwohnerfreundlichere Planungen gefunden werden können, die zusätzlich die öffentlichen Finanzen schonen.

### **Das Wasser in der Landschaft halten statt abzuleiten**

Angesichts zunehmender Trockenheit in den Sommern gilt es, das Wasser in der Landschaft zu halten. Die Verunreinigung von Seen und Flüssen durch ungeklärte Einleitung von Straßenwasser muss umgehend eingestellt werden. Das Wasser von versiegelten Flächen ist daher vorrangig zu versickern statt in Flüsse und Seen einzuleiten. Sämtliche Straßenabwässer, die von der Kanalisation erfasst wurden, sind, soweit sie nicht versickert werden können, der Abwasserklärung zuzuführen. Regenwasser von privaten Grundstücken soll auf denselbigen versickert werden.

### **Abfallwirtschaft in Potsdam weiter verbessern**

Die Stadt Potsdam hat bereits viele, aber noch nicht sämtliche Ziele in der Abfallpolitik erreicht. Sie darf sich daher nicht – wie es derzeit der Fall ist – auf dem Erreichten ausruhen. Stattdessen muss sie weiter daran arbeiten, die Vermeidung, Erfassung und Verwertung von Abfällen unter umwelt- und ressourcenpolitischen Gesichtspunkten zu verbessern.

Wir treten konsequent für eine Verwertung von Abfällen ein. Dies gilt auch für die Potsdamer Bioabfälle, die bisher mit dem Restmüll zusammen entsorgt werden, ohne stofflich oder energetisch verwertet zu werden. Es gibt verschiedene Optionen, um die Potsdamer Bioabfälle im Restmüll in Biogasanlagen und/oder Kompostierungsanlagen zu verwerten. Sinnvoll ist dazu eine schrittweise Einführung der Biotonne in den Stadtvierteln, in denen eine hohe Trennbereitschaft zu erwarten ist. Aber auch der Bioabfall im Restmüll kann energetisch verwertet werden, wenn die Mechanisch-Biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) in Vorketzin, um eine anaerobe Vergärungsstufe für die organische Fraktion nachgerüstet wird. Eine Realisierung dieser Projekte ist für den Zeitraum nach dem Auslaufen des Entsorgungsvertrages mit der MEAB am 31. Mai 2011 möglich – auch wenn die Potsdamer Stadtverwaltung solche Lösungen bisher aufgrund von Vorfestlegungen mit fadenscheinigen Argumenten und falschen Zahlen ablehnt.

Bei städtischen und bei privat organisierten Großveranstaltungen sind Abfälle durch Nutzung von Mehrweggeschirr zu vermindern. Dies ist im Rahmen der ordnungsrechtlichen Genehmigung von der Stadt vertraglich festzuschreiben.

### **Naturhaushaltsplan aufstellen**

In den Städten wird das Ziel der nachhaltigen Entwicklung konkret. Wir möchten, dass Potsdam in Zukunft neben den finanziellen und personellen Ressourcen auch über die natürlichen Ressourcen der Stadt Rechenschaft ablegt. Dazu soll die Stadt einen Naturhaushaltsplan erstellen, indem Budgetgrenzen für die Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen und Ziele für die Umweltqualität gesetzt werden. Mit einem solchen "Ökobudget" erhält die Potsdamer Kommunalpolitik ein Rahmensteuerungsinstrument, mit dem die natürlichen Ressourcen der Stadt im Querschnitt über alle Einzelprodukte des städtischen Haushaltes anhand von definierten Kennzahlen und zeitbezogenen Zielen gemanaget wird.

## **Umweltausschuss zum Umwelt- und Klimaausschuss machen**

Der Ausschuss für Ordnung, Umwelt und Landwirtschaft der Stadtverordnetenversammlung muss ein Umwelt- und Klimaausschuss werden. Bisher interessieren sich die meisten Stadtverordneten in diesem Ausschuss kaum für Umweltthemen – und schon gar nicht für Energie- und Klimapolitik. Dies muss anders werden! In diesem Ausschuss sollen zukünftig vorwiegend Entscheidungen unter dem Klima- und Nachhaltigkeitsgesichtspunkten diskutiert und entschieden werden. Auch der Neubau von Straßen ist durch den Umwelt- und Klimaausschuss zu prüfen.

## **Klimaschutz als Produkt in den Produktkatalog der Stadt aufnehmen**

Klimaschutz muss als Produkt<sup>1</sup> in den Produktkatalog der Stadt aufgenommen werden. Dementsprechend sind Mittel für die Erstellung dieses Produktes zur Verfügung zu stellen. Um die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen sicherzustellen, erscheint eine vollständige Budgetverantwortung der einzelnen Fachbereiche in der Stadtverwaltung unerlässlich. Der Oberbürgermeister von Potsdam muss der oberste Klimabeauftragte der Stadt werden. Die Umweltverwaltung muss innerhalb der Stadtverwaltung personell und strukturell eine deutliche Aufwertung erfahren.

## **Dienstreisen und Beschaffungswesen**

Bei der Beschaffung und dem Einsatz von Fahrzeugen, Elektrogeräten sowie Dienstreisen muss die Klimaverträglichkeit ein wichtiges Kriterium werden. Deshalb fordern wir:

- klimafreundliche Beschaffungsrichtlinien für Dienstfahrzeuge, Elektrogeräte und andere wichtige Arbeitsmittel wie z. B. Büromaterial
- Die Stadt Potsdam soll ein Umweltmanagementsystem einführen. Nutzung von Car-Sharing und Einsatz schadstoffarmer Verkehrsmittel für Dienstreisen sind anzustreben

## **Städtisches Personal klimapolitisch weiterbilden**

Wir brauchen eine Sensibilisierung und Weiterbildung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Potsdam für die Problematik des Klimaschutzes. Es sind entsprechende Schulungsveranstaltungen gemeinsam mit den Beschäftigten der städtischen Unternehmen durchzuführen. Dabei muss sich die Stadt auch mit Klimafolgenmanagement vertraut machen. Denn steigende Temperaturen und eine Häufung von schweren Wetterereignissen wie Stürmen, Starkregen und Hitzewellen stellen neue Anforderungen z. B. an den Bau von Gebäuden.

---

<sup>1</sup>Der Haushaltsplan der Stadt untergliedert sich in „Produktbereiche“ (z. B. Verkehr, Stadtentwicklung) und einzelne „Produkte“. Mit letzterem Begriff sind einzelne Maßnahmen/Projekte (z. B. Ausbau des ÖPNV) gemeint, die zur Erreichung eines Ziels (z. B. Verstärkung des Klimaschutzes) im Haushaltsplan eingestellt sind.

### **III. Verkehr in Potsdam stadtverträglich und ökologisch gestalten**

Potsdam ist im Vergleich mit anderen Städten in Bezug auf die Abwicklung des Verkehrs in einer vergleichsweise günstigen Lage. Nur während der Spitzenbelastungszeiten und an einigen wenigen Punkten kommt es im Straßennetz zu Problemen im Verkehrsfluss.

Dennoch kann man die durch den Auto- und den Frachtverkehr verursachten Probleme nicht vernachlässigen: Mehrere innerstädtische Hauptstraßen sind durch Abgase und Erschütterungen, Lärm und Feinstaub so belastet, dass eine Verminderung Gegenstand eines obligatorischen Luftreinhalteplans geworden ist. Wir Bündnisgrüne bezweifeln, dass die darin genannten Maßnahmen bereits ausreichen werden, um die gesetzlich geforderte Feinstaubminderung zu erreichen. Daher halten wir eine innerstädtische Umweltzone, die für Fahrzeuge ohne Umweltplakette gesperrt ist, für kaum zu vermeiden.

In der Verkehrsplanung müssen intelligente Konzepte zur Förderung der umweltverträglichen Verkehrsarten und zur Regelung des Autoverkehrs eingesetzt werden. Neue Straßen schaffen neuen Autoverkehr. Der Bau neuer Straßen wie die innerstädtische Entlastungsstraße (ISES), die Netzverknüpfung von B 1, B 2 und B 273 schaffen daher keine Lösung von Verkehrsproblemen. Außerdem besteht für diese Straßen kein Bedarf, zumal die Verbindung von Langer Brücke zur Breiten Straße vierspurig bleibt. Wir lehnen daher den Bau der ISES ab und fordern, die Netzverknüpfung inklusive Havelspanne aus dem Bundesverkehrswegeplan herauszunehmen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten bei der Gestaltung des Verkehrs in Potsdam weiterhin für folgende Ziele ein:

- Vermeidung von Verkehr da, wo dies möglich ist
- Verlagerung eines möglichst großen Anteiles des Verkehrs auf umweltverträgliche Verkehrsmittel
- möglichst sinnvolle und stadtverträgliche Abwicklung des verbleibenden Verkehrs
- auf mittlere Sicht Erhöhung des Wegeanteils des Umweltverbundes (zu dem der Fußgänger- der Fahrrad- und der öffentliche Personennahverkehr gehören) von derzeit 60 Prozent auf 80 Prozent
- Maßnahmen, die v. a. dem motorisierten Individualverkehr dienen und seine Attraktivität erhöhen, müssen auf gut begründete Ausnahmen beschränkt werden.
- die Orte verschiedener städtischer Funktionen wie Arbeiten, Wohnen, Freizeitgestaltung und Einkaufen sollten durch geeignete stadtplanerische Maßnahmen enger zusammengeführt werden. Dadurch sollte eine "Stadt der kurzen Wege", für die Potsdam gute Voraussetzungen hat, erreicht werden.

Den Ausbau der Havel (Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 17) lehnen wir aus ökologischen Gründen ab.

#### **Verkehr in der Potsdamer Mitte umweltfreundlich entwickeln**

In der Innenstadt werden sich durch die Wiedergewinnung des historischen Stadtgrundrisses im Zuge des Landtagsneubaues am Alten Markt gravierende Veränderungen im Verkehrsablauf ergeben: Während auf einigen Hauptverkehrsstraßen Verkehr in gewissen Maße verlagert werden wird, werden einige verkehrlich untergeordnete, aber als Wohn- und Geschäftsstraßen wichtige Innenstadtstraßen, nennenswert entlastet. Die positivste Entwicklung ist jedoch im engeren Bereich des Alten Marktes zu erwarten, wo durch den Umbau der unteren Friedrich-Ebert-Straße eine neue Aufenthaltsqualität entsteht und eine Bevorzugung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes vorgesehen ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Pläne zum Umbau von Potsdams Mitte ausdrücklich.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass davon ausgehend mit der gleichen Zielsetzung weitergearbeitet wird: Bei der anstehenden Umgestaltung der Friedrich-Ebert-Straße von der Kreuzung Yorckstraße/Am Kanal bis zum Nauener Tor sollte die Aufenthaltsqualität und die Bevorzugung des Umweltverbundes das wichtigste Ziel sein. Hierbei sollten auch innovative Aspekte der Stadt- und Verkehrsplanung, wie das aus den Niederlanden bekannte Shared-Space-Konzept, Berücksichtigung finden. Shared Space im städtischen Straßenraum bedeutet, dass verschiedene Verkehrsarten sich den vorhandenen Verkehrsraum möglichst gleichberechtigt teilen und möglichst wenig Regulierung durch Beschilderung, Lichtsignale und Fahrbahnmarkierung erfolgt. Die hierdurch erforderliche Aufmerksamkeit auf die anderen Verkehrsteilnehmer führt zu erhöhter Sicherheit und, bei niedrigerer Fahrgeschwindigkeit, aber stetigerem Verkehrsfluss, zu günstigeren Fahrzeiten.

### **Die Belange der Fußgänger stärker in den Blick nehmen**

Das Zu-Fuß-Gehen ist in der Stadt die natürlichste und verbreitetste Fortbewegungsart. Maßnahmen zur Förderung des Fußgängerverkehrs sind daher nötig und sinnvoll. Der Fußgängerverkehr darf nicht wegen seiner Flexibilität als Restgröße behandelt werden, deren Raum ohne Probleme eingeschränkt werden kann. Gute Bedingungen für den Fußgängerverkehr führen bei kurzen Wegen auch zur Vermeidung weniger verträglichen Verkehrs. Bei deren Ausführung sind immer auch die Belange von bewegungs- und sehbehinderten Bevölkerungsgruppen zu beachten.

Unsere Forderungen:

- Verbesserung der Aufenthaltsqualität für Fußgänger durch Umbau von bisher unattraktiven Straßenräumen nach dem Vorbild der Hegelallee (z. B. in der Breiten Straße)
- Querungshilfen bei stark befahrenen Straßen durch Mittelinseln, in Einzelfällen auch Fußgänger-Ampeln
- Verbesserung der Ampelschaltungen zugunsten der Fußgänger
- Verbesserung der Durchgängigkeit der Verbindung viel begangener Hauptachsen wie der Strecke von der Brandenburger Straße über die Friedrich-Ebert-Straße zum Hauptbahnhof (v. a. durch Verbesserung der Kreuzung Friedrich-Ebert-Straße/Charlottenstraße)
- Einrichtung und Neugestaltung eines verkehrsberuhigten Bereiches in der Friedrich-Ebert-Straße zwischen der Kreuzung Yorckstraße/Am Kanal bis zum Nauener Tor
- Schutz der Fußgängerzone in der Brandenburger Straße vor Überqueren durch PKW oder LKW an den Kreuzungsbereichen
- Berücksichtigung des Fußgängerverkehrs bei Baustellen im Straßenraum (Beispiele: Lange Brücke, Alter Markt)

### **Radfahren attraktiver machen**

Potsdam hat aufgrund seiner kurzen Wege und geringen Steigungen im Stadtgebiet gute Voraussetzungen, eine komfortable Radfahrer-Stadt zu werden. In den letzten Jahren hat sich erfreulicherweise der Anteil des Fahrradverkehrs an den zurückgelegten Wegen auf 20 Prozent erhöht. Das in diesem Frühjahr vorgestellte fortgeschriebene Radverkehrskonzept setzt sich einen Anteil von 27 Prozent zum Ziel. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

Um dies oder vielleicht noch mehr zu erreichen, sind nach unserer Meinung folgende Maßnahmen erforderlich:

- Erhöhung der Investitionsausgaben für das Potsdamer Radwegenetz auf mindestens 750.000 € jährlich ab 2009. Diese Summe wird von der Stadtverwaltung für notwendig an-

gesehen, um das im Frühjahr 2008 vorgelegte neue Radwegekonzept und die Radverkehrsstrategie umsetzen zu können

- Ergänzung des Radwegenetzes durch weitere durchgängige Trassen gemäß dem Radverkehrskonzept
- Ausweisung von Fahrradstraßen insbesondere auch im ländlichen Raum (auf denen ggf. land- und forstwirtschaftlicher Verkehr zugelassen ist)
- Radwege sollten nicht zu Lasten der Fußgängerwege, sondern zu Lasten der Fahrbahnen angelegt werden. Fahrradstreifen auf den Straßen erhöhen auch die Sicherheit für Radfahrer
- Gute durchgängige Kennzeichnung der Radwege
- Verbesserung von Ampelschaltungen zugunsten der Radfahrer
- Verbesserung der Fahrbahnqualität der Radwege, um Fahren auf den Gehwegen zu vermindern
- Ausbau und Ausschilderung von Umfahrungswegen um die Gärten von Sanssouci und Babelsberg und um den Neuen Garten, um den Radlern neben den freigegebenen Wegen auch Alternativen zum Befahren der Gartenanlagen des Weltkulturerbes zu bieten
- Festlegung von Fahrradstraßen in Wohngebieten, in denen alle Fahrzeuge gleichberechtigt sind
- Ermöglichen des Befahrens von Einbahnstraßen für Radfahrer gegen die Auto-Fahrtrichtung und des Vorrückens entlang der Autoschlange bei Ampeln (Fahrradschleusen)
- Ausbau von Fahrradparkplätzen und Errichtung eines Fahrradparkhaus nahe des Stadtzentrums (z. B. am Hauptbahnhof). Neue Fahrradabstellmöglichkeiten – an wichtigen Haltestellen des ÖPNV, ggf. auch integriert in vorhandene Haltestelleneinrichtungen oder Parkhäuser – sollen gut zugänglich sein und Schutz vor Diebstahl und vor Witterungseinflüssen bieten
- Bessere Berücksichtigung des Fahrradverkehrs bei Baustellen im Straßenraum
- Bau eines Radweges an Stelle der ISES
- Verbesserung der Anbindung an die Brandenburger Fernfahrradwanderwege
- Begleitend zu den genannten baulichen Maßnahmen sind Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit zur Herstellung und Förderung eines fahrradfreundlichen Klimas in der Stadt zu ergreifen (z. B. prominente RadlerInnen in einer Serie von Pressaktionen, zeitweilige Reservierung von Straßen nur für Radler, Aktionstage für Radler)

### **Öffentlichen Personennahverkehr stetig weiter verbessern**

Der öffentliche Personennahverkehr in Potsdam hat bereits in weiten Bereichen eine hohe Qualität, die zu einer guten Akzeptanz von Straßenbahnen und Stadtbussen geführt hat. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für laufende Verbesserungen des ÖPNV-Angebotes ein, um bisher schlecht erschlossene Gegenden auch einzubinden und damit noch weitere Bevölkerungskreise zum Umsteigen vom privaten PKW auf die öffentlichen Verkehrsmittel zu bewegen. Zu unseren Zielen gehören:

- Anbindung eines Park+Ride-Systems an den ÖPNV. Die Benutzungsgebühr dieser Parkplätze berechtigt zu Fahrten mit Bussen und Bahnen im Tarifgebiet Potsdam ABC
- Erweiterung des Straßenbahnnetzes (insbesondere eine Verbindung von Babelsberg in die Neubaugebiete Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld)
- Fortführung des Ersatzes der in die Jahre gekommenen, nicht behindertengerechten Tatra-Bahnen durch neue lärmarme, energiesparende Niederflurfahrzeuge

- Einsatz von Partikelfiltern bei den Bussen, um in Straßen mit starkem Busverkehr die Feinstaubbelastung zu senken
- Prüfung des Umstiegs auf Erdgas- bzw. Elektrobusse
- Prüfung der Möglichkeiten des Einsatzes von solarbetriebenen Fähren zur Erschließung des neuen Viertels in der Speicherstadt und im Touristikverkehr
- Untersuchung der Möglichkeit umsteigefreier Verbindungen in die Potsdamer Innenstadt durch Zweisystem-Bahnen auf Eisenbahn- und auf Straßenbahngleisen (Beispiel Karlsruhe) z. B. in Richtung Beelitz, Werder und Teltow
- Taktverdichtung der Regionalbahn nach Golm

### **Autoverkehr verringern**

Anders als die Potsdamer Linke, die sich in Potsdam in starkem Maße als Autofahrerpartei profiliert, sehen wir Grüne Maßnahmen, die die Benutzung von Kraftfahrzeugen attraktiver machen, aus klima- und stadtpolitischen Gründen oft kritisch. Sie sollten sich auf Ausnahmefälle beschränken, z. B. um eine Entlastung von Anwohnern von den Beeinträchtigungen des Verkehrs zu bewirken. Die Verkehrssicherheit muss erhöht werden. Unfallschwerpunkte müssen kontinuierlich entschärft werden.

In der zweiten barocken Stadterweiterung, besonders in der Gutenbergstraße, steht die Belastung durch den dichten Kfz-Verkehr der Entwicklung attraktiver städtischer Geschäftsstraßen als Ergänzung zur Brandenburger Straße entgegen.

Unsere konkreten Forderungen:

- Unvermeidlichen motorisierten Verkehr in weniger empfindliche oder speziell dafür ausgelegten Bereichen bündeln (Beispiel: Konzentration des Verkehrs auf die dafür umgebaute Behlertstraße, Entlastung von Hans-Thoma- und Gutenbergstraße)
- Innerstädtische Staus durch verkehrsdosierende Pfortnerampeln an den Zufahrtsstraßen vermeiden (Beispiele: Nuthestraße, Zeppelinstraße)
- An verkehrsrärmeren Kreuzungen sollte zunehmend auf Ampeln zu Gunsten von Kreisverkehren verzichtet werden, da so ein stetiger Verkehrsfluss erreicht werden kann.
- Entlastung der Straßen der zweiten barocken Stadterweiterung, v. a. der Gutenbergstraße
- Im Potsdamer Siedlungsgebiet und in den Siedlungsgebieten flächendeckend Tempo 30, bis auf wenige begründete Ausnahmen bei Hauptstraßen (z. B. Nuthestraße, Nedlitzer Straße, Potsdamer Straße, Zeppelinstraße und Heinrich-Mann-Allee)
- Ausweitung der Parkraum-Bewirtschaftung auf die ganze Stadt, um die Kosten, die Anlage und Unterhaltung von Parkflächen verursachen, nicht länger der Allgemeinheit aufzubürden
- Reduzierung der Fahrbahnbreite in der Breiten Straße nach dem Vorbild der Hegelallee
- Vorzugsparkplätze für Autos mit Hybrid-Antrieb
- Entwickeln und Beschildern eines LKW-Vorrangnetzes im bestehenden Straßensystem, um den Wirtschaftsverkehr möglichst reibungslos abwickeln zu können und dadurch die Belastungen in der Stadt zu mindern. Maßnahmen zur Verhinderung von LKW-Durchgangsverkehr
- geeignete Parkregelungen, um für die Bewohnerinnen und Bewohner die Auswirkungen des touristischen Busverkehrs zu verringern und gleichzeitig den Strom der Touristen auch in die Stadt zu lenken und damit besser zu verteilen

### **Tramphaltestelle einrichten!**

Trampen wird hat sich – nicht nur bei Jugendlichen – als kostengünstige und auch umweltschonende Art des Reisens bewährt. Die Einrichtung einer solchen Tramphaltestelle, wie sie z. B. in den Niederlanden schon vorhanden sind, erhöhen durch eine Haltemöglichkeit und Wetter-schutz die Sicherheit für alle Beteiligten. Ein Platz an der Leipziger Straße in der Nähe des Hauptbahnhofs bietet sich an, weil er für viele TramperInnen bequem zu erreichen ist und an der wichtigen Ausfahrt zur Autobahn liegt.

## IV. Familienfreundliche und soziale Stadt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die guten Strukturen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe erhalten und ausbauen, indem wir sie sowohl den sich verändernden demografischen und politischen Verhältnissen, als auch den sich verändernden Bedürfnissen Jugendlicher anpassen.

Potsdam wächst momentan. Die Stadt hat eine relativ hohe Geburtenrate; viele Familien werden hier gegründet; viele Familien finden in Potsdam ihre neue Heimat. Die Lebensbedingungen für Familien sind in Potsdam gut. Andererseits wird die Geburtenrate auf Grund des demografischen Echos ab 2015 leicht sinken. Wir haben heute in der Altersgruppe der 17-21-Jährigen doppelt so viele Menschen wie in der der 13-16-Jährigen. Wie tragfähig sind die in Potsdam gewachsenen Strukturen? Leben wir jedoch wirklich schon in der "familien- und kinderfreundlichsten" Stadt?

- Trotz des im Vergleich zu anderen Städten guten Versorgungsstandards sind die Kita-Plätze in der Stadt ungleich verteilt. Während es in den ehemaligen Platten- und Neubaugebieten Überkapazitäten gibt, fehlen Kitaplätze in den kinderreichen Vierteln der nördlichen Vorstädte, der Brandenburger Vorstadt, der Innenstadt und zum Teil in Babelsberg. Eine transparentere Koordinierung der freien Plätze durch das Jugendamt ist dringend erforderlich, da die vielfältigen freien Träger in der Stadt dies nicht leisten können. Auf den Wartelisten soll deutlich der Erstwunsch erkennbar sein.
- Wir wollen Wohnstraßen Schritt für Schritt zu verkehrsberuhigten Zonen umgestalten. Im jüngsten "Kinderunfallatlas" der Bundesanstalt für Straßenwesen landete Potsdam auf Platz 366 von 439 bewerteten Landkreisen und kreisfreien Städten. Eine Stadt, die ihre Kinderfreundlichkeit nach außen trägt, hat hier eine erhebliche Bringschuld.
- Den 2007 eingeführten Familienpass wollen wir zu einem echten Instrument der Familienförderung in Potsdam erweitern. Er soll nicht nur in erster Linie vorhandene Ermäßigungen für Familien zusammenfassen, sondern auch neue schaffen. Die vorhandenen Vergünstigungen wollen wir auf ihre Familienfreundlichkeit prüfen und möglichst noch familienfreundlicher gestalten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Hinwendung zur Sozialraumorientierung<sup>2</sup> als Chance, näher an den Bedürfnissen und Erfordernissen von Kindern und Jugendlichen zu sein. Die Sozialraumorientierung wird helfen, die pflichtigen Hilfen zur Erziehung zu verringern und den Kinder- und Jugendschutz zu verbessern. Sie dient auch der offenen Kinder- und Jugendarbeit und wird auch der neuen, selbst organisierten alternativen Jugendkultur einen Zugang zur Förderung ermöglichen und „Erbhöfe“<sup>3</sup> vermeiden bzw. reduzieren. Dabei wollen wir unbedingt an den in Potsdam erarbeiteten Qualitätsstandards für die Jugendarbeit- bzw. Jugendsozialarbeit festhalten.

### Aus Kindergärten werden Bildungsgärten

Kindergärten sind vorrangig Orte frühkindlicher, kindzentrierter Bildung: Kinder brauchen Kinder! Heute kommt immer mehr ins Bewusstsein „Auf den Anfang kommt es an“. Das ist keine Verlängerung der Schule in den Kindergarten hinein, sondern nimmt eher die große Neugier von Kindern auf und befriedigt ureigene Grundbedürfnisse nach Welterfahrung.

---

<sup>2</sup> Sozialraumorientierung meint die Zusammenarbeit in den an sich getrennt operierenden Bereichen der Kindertagesbetreuung, der Hilfen zur Erziehung und der offenen Kinder- und Jugendarbeit entsprechend der vor Ort vorhandenen Bedarfe. Es ist im gewissen Sinne auch eine Überwindung der pflichtigen Leistungen und denen nach pflichtgemäßen Ermessen.

<sup>3</sup>Mit "Erbhöfe" sind Einrichtungen gemeint, die schon immer gefördert wurden und bei genauerem Hinsehen kaum noch das bieten, wofür sie einst gedacht waren.

Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, sind qualitative Verbesserungen unumgänglich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Stadt Potsdam in ihren Bemühungen, beim Land Brandenburg die Rahmenbedingungen im Kitagesetz den gewachsenen Anforderungen an Betreuung, Bildung und Erziehung anzupassen. Wir wollen insbesondere, dass die gesetzliche Einführung der Grundsätze elementarer Bildung und der Sprachstandsfeststellung in Verbindung mit der Sprachförderung im Personalschlüssel berücksichtigt werden. ErzieherInnen brauchen Vor- und Nachbereitungszeit. Sie benötigen darüber hinaus Zeit für Elterngespräche und für die Eingewöhnung der Kinder, die extra auszuweisen ist. Mittelfristig muss der Betreuungsschlüssel verbessert werden.

Wir wollen die Leitung von Kindertagesstätten weiter qualifizieren. LeiterInnen müssen heutzutage über Managementfähigkeiten verfügen. Sie müssen neben betriebswirtschaftlichen Kenntnissen auch über sozialpsychologische Führungskompetenzen verfügen. Einrichtungen mit über 70 Plätzen benötigen eine Freistellung von LeiterInnen für reine Leitungstätigkeit von wenigstens 50 Prozent der Arbeitszeit.

Wir wollen, dass die im Qualitätsforum Kita erarbeiteten Qualitätskriterien über ein Bonussystem abgesichert werden. Dabei soll die Elternbeteiligung eine besondere Beachtung finden.

Wir wollen, dass die Kitas offene Orte für Kinder, deren Eltern und für ErzieherInnen sind, und dass sie gemeinsam eine Erziehungspartnerschaft entwickeln. Wir unterstützen die Fortentwicklung der Kitas zu Begegnungszentren für Mütter und Väter, Familienzentren u. ä.

Kindertagesstätten sind das "zweite Zuhause" der Kinder. Sie haben den Auftrag, eine möglichst gesunde Ernährung und Versorgung zu gewährleisten. Qualität bezieht sich dabei sowohl auf die verwendeten Produkte (Ernährungsphysiologie) als auch auf den Aspekt der Ernährungsbildung.

Die Ausgewogenheit des Speiseplans der Potsdamer Kitas sollte sich an den Empfehlungen des Forschungsinstituts für Kinderernährung in Dortmund (FKE) für eine optimierte Mischkost (Optimix) orientieren. Bei der Zusammensetzung der Speisen ist ein Mindestanteil von 10 Prozent an Bioprodukten zu berücksichtigen. Einrichtungen, die über den zehnpromzentigen Mindestanteil hinausgehen, möchten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über ein Bonussystem unterstützen. Das Küchenpersonal in Potsdamer Kitas ist mindestens einmal jährlich über die neuesten Erkenntnisse der Kinderernährung fortzubilden.

Kitas sind auch Lernorte für Essen und Trinken. Ernährungsbildung ist ein wichtiger Bestandteil der pädagogischen Arbeit. Dazu zählen die Förderung eines gesundheitsbewussten Ernährungs- und Essverhaltens, die Vermittlung von Esskultur, wie der Vielfalt von Lebensmitteln. Dies erfordert regelmäßige Weiterbildungen des pädagogischen Personals, feste AnsprechpartnerInnen für das Thema Ernährung und die aktive Einbindung der Elternschaft.

Wir unterstützen den Zuschuss der Stadt zum Schulessen für Kinder aus bedürftigen Familien und wollen den Zuschuss möglichst schnell auch für das Kitaessen gewähren.

## **Die Öffnung von Schule**

Wir wollen, dass Schulen offene Orte über den engeren Schulbetrieb hinaus werden. Das betrifft einerseits die Öffnung schulischer Räume für Vereine und andererseits die Nutzung z. B. der Sportanlagen auch für den Freizeitbereich. Schulen sollen auf ihr Wohnumfeld ausstrahlen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen durch ein lokales Bildungsbüro oder durch eine Stabstelle beim Oberbürgermeister die Öffnung von Schulen und die Koordination zwischen den Schulen hin zu anderen Bildungsanbietern befördern. Es muss z. B. die Anwahlmöglichkeit von Fächern in der gymnasialen Oberstufe (GOST) durch schulische Kooperation erweitert und die Kooperation mit außerschulischer Bildungsarbeit selbstverständlich werden.

Wir wollen einen kommunalen Sozialfonds für Bildung einrichten, welcher sich auch aus Spendenmitteln speisen kann, um betroffene Familien bei der Beschaffung von Schulmaterialien und den Aufwendungen für Klassenfahrten unter die Arme zu greifen.

Wir wollen bezahlbare Schulwege und fordern, dass der Landeszuschuss zur Schülerbeförderung so schnell wie möglich auch Potsdamer SchülerInnen zu gute kommt.

### **Sanierung der Schulen vorantreiben – zeitgemäße Lernorte schaffen**

Viele Schulen sind leider auf Grund jahrelanger baulicher Vernachlässigung sanierungsbedürftig. Die von den Stadtverordneten beschlossene Prioritätenliste zur Sanierung von Schulen muss zügig abgearbeitet werden. Entsprechende Mittel im Rahmen des Haushalts zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus muss Potsdam bauliche Standards für seine Schulen entwickeln, um zeitgemäße Lernorte zu schaffen. Eine Aula mit Bühne sollte fester Bestandteil eines jeden Schulbaus sein. Wünschenswert wären z. B. auch Gruppenräume für Teamarbeit und Arbeitszimmer für die Lehrer an Ganztagschulen. Den weiteren Ausbau zu Ganztagschulen wollen wir mit vorantreiben.

### **Die engere Verzahnung von Jugendhilfe und Schule**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine Zusammenführung kommunaler Schulentwicklungsplanung und Jugendhilfeplanung und Sozial- und Raumplanung ein. So erhoffen wir uns Synergieeffekte, so wie sie schon bei der Öffnung von Schule angedeutet sind. Vereine aus dem Sport- und Jugendhilfebereich werden über die Kooperation mit der Schule an der Gestaltung von Schule beteiligt. Der einengende Blick von Schule auf Bildung soll so vor einem weiten Horizont gestellt werden.

Wir streben Schulsozialarbeit als festen Bestandteil an jeder Schule an. Dabei wenden wir uns grundsätzlich dagegen, Sozialarbeit nur in Brennpunkten zu leisten. Wo Kinder und Jugendliche zusammen sind, sind Konfliktklärungen, Problembearbeitungen und Störungen Bestandteil von Entwicklung.

### **Die bessere Vernetzung präventiv wirkender Systeme**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Mittel für Kinder- und Jugendschutz bei besserer Vernetzung untereinander mindestens auf bisherigem Niveau halten. Potsdam soll sich unter Einbeziehung aller in diesem Bereich tätigen Träger eine kommunale Kinder- und Jugendschutzkonzeption erarbeiten. Sie soll Personen, die mit Kinder und Jugendlichen zu tun haben, die NachbarInnen, Kinderärzte, ErzieherInnen für kinderschädigende Bedingungen sensibilisieren.

Wir begrüßen den Potsdamer Besuchsdienst für Neugeborene, welcher allen Familien Hilfsmöglichkeiten bei Bedarf aufzeigt und frühzeitige Unterstützung möglich macht. Wir unterstützen die akzeptierende Drogenarbeit, so wie sie von Chill Out erfolgreich geleistet wird. Wir sehen z. B. im Chill Out auch schon im Kindergarten (Chill Out in Kindergärten) einen Erfolg versprechenden Ansatzpunkt, Abhängigkeiten durch befriedigende Lebensverhältnisse zu reduzieren.

Wir unterstützen die Ansätze geschlechterdifferenzierter Arbeit, so wie sie in Potsdam von den Zimticken und von Manne e. V. vorbildlich praktiziert werden. Wir treten für eine bedarfsgerechte Erweiterung dieser Arbeit ein.

Wir unterstützen das Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Wir wollen Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen ermutigen, sich für eine "Schule ohne Rassismus" einzusetzen und sich um diese Auszeichnung zu bemühen.

Wir treten für eine akzeptierende Jugendarbeit auch mit rechtsorientierten Jugendlichen ein, müssen dabei aber genau auf die sozialpädagogische und menschliche Qualifikation in diesem

schwierigen Arbeitsfeld achten. Keinesfalls werden wir eine Dominanz rechten Denkens in Jugendclubs dulden. Hilfreich ist eine regelmäßige Evaluation gerade dieser Arbeit durch "KoordinatorInnen gegen Rechts", so wie sie z. B. in den Mobilien Beratungsteams wirken.

Wir wollen die erfolgreiche Straßensozialarbeit in Potsdam erhalten und ihren Sachverstand noch mehr zur Erkennung rechtsextremer Tendenzen nutzen. Die aus Bundesmitteln geförderte Straßensozialarbeiterstelle für deutsch-russische Jugendliche hat sich als wichtige Schnittstelle zur Integration etabliert. Deshalb unterstützen wir die Verstetigung dieser Stelle.

### **Partizipation von Kindern und Jugendlichen**

Die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ist ein ureigenes Anliegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Kinder und Jugendliche wirken heute schon an vielen Stellen (z. B. in Clubräten) mit. Durch die begonnene Arbeit des Kinder- und Jugendbüros sind momentan die Voraussetzungen für die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in der Stadt noch günstiger geworden. Deshalb unterstützen wir die Verstetigung der 1,5 Stellen für das Kinder- und Jugendbüro und die Kinder- und Jugendredaktion. Wo Teilhabe erwünscht ist, braucht sie logistische Unterstützung und das Aufweisen von Mitwirkungsmöglichkeiten. Ein gelungenes Beispiel für die Beteiligung von Kindern an kommunalen Entscheidungsprozessen sind z. B. die Miniverträge zwischen Kindern und Stadtverwaltung, die aus Kinderforen entstanden sind. Dieser Weg sollte fortgesetzt werden: Um Jugendliche in die kommunale Entscheidungsprozesse einzubeziehen, unterstützen wir die Gründung eines Jugendrates, ggf. dezentral und stadtteilbezogen, und Anhörungsrechte in der Stadtverordnetenversammlung. Dazu ist die Informationspflicht des Oberbürgermeisters auf Bereiche auszuweiten, die sich speziell auf Kinder- und Jugendliche auswirken. Diesbezügliche Pläne sind in jugendgerechter Sprache in Schulen und Jugendclubs bekannt zu machen. Insbesondere in der Verkehrsplanung sind Kinder und Jugendliche zu beteiligen. Wir wollen eine Verkehrspolitik und Planung auf Kindernasenhöhe.

Für uns ist es selbstverständlich, dass Jugendliche auch darüber mitbestimmen dürfen, wer in der Stadt Potsdam ihr Lebensumfeld politisch gestaltet. Wir wollen, dass Potsdam beim Land so lange eine Absenkung des Wahlalters – mindestens auf 16 Jahre – bei Kommunalwahlen einfordert, bis dieser längst überfällige Schritt erfolgt. In unseren Nachbar-Bundesländern Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin dürfen 16-Jährige bereits ihre Kommunalvertretungen mitwählen.

### **Weiterentwicklung des Breitensports**

Potsdam kann zu Recht auch als Sportstadt bezeichnet werden. Viele Kinder- und Jugendliche nutzen das Angebot der Vereine.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Weiterentwicklung des Breitensports. Wir wollen die Stelle des Stadtjugendkoordinators erhalten und seine Kompetenzen erweitern. Wir wollen den Breitensport unter Einbeziehung der Vereine in der offenen Kinder- und Jugendarbeit bei Bau, Konzeption und Verwaltung von Sportanlagen und Einrichtungen stärker berücksichtigen. Eine Sportstättennutzungsgebühr darf für den Breitensport keine Hürde sein.

### **Die Qualität der sozialen Infrastruktur verbessern**

Der Ausbau und der Erhalt der sozialen Infrastruktur sind für die Zukunft in Potsdam von hoher Bedeutung – zu nennen wären hier Potsdams Mitgliedschaft im Netzwerk der gesunden Städte, die gute Bewertung von Kinder- und Familienfreundlichkeit und das Stadterhaltungsprogramm Soziale Stadt. Nach den Anstrengungen der letzten Jahre darf die soziale Infrastruktur in Potsdam nicht einer angespannten Finanzlage zum Opfer fallen.

Zur sozialen Infrastruktur gehören angemessene Angebote zur Drogen- und Suchtarbeit, der AIDS-Hilfe und -Beratung und der Selbsthilfegruppen, die auf Grund von bürgerschaftlichem

und meist ehrenamtlichem Engagement für verschiedene Erkrankungen gegründet worden sind. Wir fordern, den hier arbeitenden Vereinen und Projekten auch durch finanzielle Unterstützung eine längerfristige Planungssicherheit zu ermöglichen.

Die Stadt hat die Aufgabe, sich für eine angemessene moderne Gesundheitsversorgung der Bevölkerung einzusetzen. Eine verantwortungsvolle Gesundheitspolitik setzt einerseits auf gesundheitliche Prävention und andererseits auf eine optimale medizinische Versorgung durch das städtische Klinikum in der bestehenden Rechtsform als städtische GmbH. Die Aufnahme des Alten- und Pflegeheims in der Geschwister-Scholl-Straße in den Verbund der städtischen GmbHs schätzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als sinnvoll ein. Das Engagement privater Kliniken und von Kliniken in anderen Trägerschaften ist ebenfalls zu begrüßen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass in der medizinischen Versorgung der BürgerInnen in Potsdam darauf hingewirkt wird, Ungleichbehandlungen von PatientInnen auf Grund von finanziellen und sozialen Problemen zu vermeiden.

### **Hindernisse für SeniorInnen und Behinderte beseitigen**

Wir wollen auf dem Weg zu einer barrierefreien Stadt weiter vorankommen. Wo die Stadt ohne unverhältnismäßig hohe Kosten Zugänge zu öffentlichen Einrichtungen für alte Menschen und Menschen mit Behinderungen erleichtern kann, werden wir uns dafür einsetzen. Der öffentliche Personen- und Nahverkehr muss weiter in Hinblick auf den Abbau von Hindernissen gestaltet werden. Dazu gehört u. a. die Anschaffung weiterer Niederflurstraßenbahnen. Es sollten Finanzierungsformen für den Behindertenfahrdienst gefunden werden, welche diese Leistung sicherstellen.

Wir werden weiterhin darauf hinwirken, dass die Stadt ihre Einflussmöglichkeiten auf die Wohnungsgesellschaften nutzt, um mehr Angebote für senioren- und behindertengerechtes Wohnen zu schaffen.

Wir setzen uns schon seit langer Zeit für eine Aufwertung der Rolle des Behindertenbeauftragten und des Seniorenbeirats ein, um die Fachkompetenz der Beratung und von Mitbeteiligung an Entscheidungen in angemessenem Umfang wahrnehmen zu können.

Wir begrüßen die Entwicklung eines städtischen Konzeptes für Barrierefreiheit und die Bemühungen der Stadt und des Behindertenbeirates der Stadt für die Erstellung eines barrierefreien Stadtplans für Potsdam.

Wir wollen den Dialog zwischen Behindertenvertretern und Denkmalschutz fördern, der barrierefreie Übergänge an sämtlichen historischen Straßenpflasterung und Wegen schaffen hilft. Auf diesem Gebiet sind seitens der Stadt noch einige Anstrengungen zu leisten.

## **V. Erfolgreiches Wirtschaften – Arbeit schaffen – vernünftig haushalten**

Die Kommunen sind aufgefordert, geeignete Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften und einen Zuwachs an Arbeitsplätzen zu schaffen. Wir Bündnisgrüne verfolgen eine Wirtschaftspolitik, die sozialer und ökologischer Verantwortung verpflichtet ist. Ein Wachstum um jeden Preis – ohne Rücksicht auf den sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen – wird es mit uns nicht geben.

Die gewachsene Einzelhandelsstruktur Potsdams muss auch in Zukunft gegen überdimensionierte Projekte wie die Bahnhofspassagen als Einkaufszentrum geschützt werden. Nur so können ein gnadenloser Wettbewerb gegen den bestehenden Einzelhandel der Innenstadt verhindert werden. Wir stehen für eine Aufrechterhaltung der Handelsbeschränkungen in großen Einkaufszentren.

Zudem muss die Wirtschaftsstruktur in Potsdam weiter diversifiziert werden. Medien, Unternehmen der Informations-, Umwelt-, Biotechnologie und weitere Dienstleistungen müssen in Potsdam angesiedelt werden, denn gerade kleinere und mittlere Unternehmen schaffen Arbeitsplätze. Die Stadt muss hier ihre Steuerungsmöglichkeiten konsequent nutzen.

### **Öffentliche Finanzen konsolidieren**

„Nachhaltigkeit“ bedeutet für uns auch der verantwortungsbewusste Umgang mit den finanziellen Ressourcen der Stadt. Schulden sind Lasten, die wir unseren Nachkommen aufbürden und deren Handlungsfreiheit einschränken. Deshalb gilt es, den Haushalt weiter zu konsolidieren und die bereits aufgelaufenen Schulden nach Möglichkeit zu tilgen.

Auf der Ausgabenseite geht es deshalb auch ums Sparen. Die Stadt muss jedoch auch zukünftig für die Daseinsvorsorge der BürgerInnen einstehen. Daher müssen Einsparungen sozial abgewogen sein. Im Spannungsfeld zwischen sparsamer Ausgabenpolitik und Sicherung der Daseinsvorsorge treten wir dafür ein, dass die verfügbaren Mittel möglichst effizient eingesetzt werden. Das bedeutet insbesondere, dass nur solche Investitionen unterstützt werden, die zumindest mittelbar zur Entlastung des städtischen Haushalts beitragen.

Um die laufenden Ausgaben zu senken, muss die Verwaltung effizienter und kostengünstiger werden und Zahlungsrückstände konsequenter eintreiben.

Aber ohne grundlegende Reform der Gemeindefinanzen auf Bundesebene kann eine Stadt wie Potsdam ihren Aufgaben nicht dauerhaft nachkommen. Die Verlagerung von Aufgaben und Kosten auf die Kommunen, ohne dass sie gleichzeitig mehr Geld erhalten, macht eine Lösung der Finanzprobleme auf kommunaler Ebene unmöglich. Deshalb muss dem in der Brandenburger Verfassung verankerten Prinzip, Aufgaben nur mit den entsprechenden Finanzmitteln zu übertragen, zum Durchbruch verholfen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt ihre politischen und juristischen Möglichkeiten nutzt, um gegenüber dem Land Brandenburg diese Forderung durchzusetzen.

### **Die Einnahmen verbessern**

Zur Lösung der Haushaltsprobleme wollen wir beitragen, indem wir nicht nur kürzen, sondern auch auf der Einnahmeseite neue Wege beschreiten. Investoren sind für die Infrastruktur, die sie selbstverständlich nutzen, auch in die Pflicht zu nehmen.

Wir wollen neue Finanzierungsmöglichkeiten erschließen: Eine Kulturstiftung soll aus städtischem und privaten Vermögen den Grundstock für eine dauerhafte Entlastung des Kulturhaushalts sorgen und damit vor allem helfen, die durch Haushaltssperren und Unsicherheiten bei Mittelzuweisungen beeinträchtigte Arbeit zu unterstützen.

## **Städtisches Eigentum bewahren**

Verantwortung für die Einnahmen der Stadt zu übernehmen heißt auch, gewinnbringende Betriebe im Eigentum der Stadt zu halten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich dagegen aus, Gewinn bringendes städtisches Vermögen zur Deckung von Haushaltslöchern zu verkaufen. Einnahmen aus möglichen Vermögensverkäufen sind vordringlich zur Schuldentilgung zu verwenden. Eine Privatisierung von Gütern des täglichen Bedarfs, wie z. B. der Wasserversorgung, tragen wir nicht mit.

Im Sinne einer nachhaltigen Finanzplanung sollte Vermietung und Verpachtung von Grundstücken dem Verkauf vorgezogen werden. Nur so kann ein Ausverkauf der Stadt verhindert werden. Bei der Veräußerung von Grundstücken ist wesentlich stärker auf ausreichende Erträge zu achten.

## **Arbeitsvermittlung – gegen soziale Ausgrenzung und zur Reduzierung von Armut**

In Potsdam gibt es Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse bei verschiedenen Trägern von Maßnahmen, die Mehraufwandsentschädigungen (MAE), Eingliederungszuschüsse (EGZ) und weitere Finanzierungen aus dem Regionalbudget zum Sozialgesetzbuch (SGB II) nutzen. Diese Projekte arbeiten zeitweise recht erfolgreich und sind hilfreich bei der Integration insbesondere von Langzeitarbeitslosen.

Die Mitwirkung an diesen Beschäftigungsmaßnahmen erhöht vor allem die soziale Teilhabe, der TeilnehmerInnen. Oft werden jedoch der bürokratische Aufwand und die Pflichten der Projektbegünstigten, meist gemeinnützigen Unternehmen bzw. Träger unterschätzt. Diese Maßnahmen sind ohne Zweifel wichtig und nützen verschiedenen Personengruppen. Die Chancen für eine regionale Bindung sind erkennbar und ermutigend, lassen jedoch noch wenige Aussagen zu, ob tatsächlich eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt erfolgreich ist.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Bemühungen der Potsdamer Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung für Arbeitssuchende (PAGA) bei der Vermittlung von Maßnahmen hin zu sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen. Diese Vermittlungen können nur gesteigert werden, wenn solche Maßnahmen fortlaufend neu eingerichtet werden können und die Förderung abgesichert wird.

Ende 2007 hat das Bundesverfassungsgericht ein Urteil zur Zukunft der Organisation der Arbeitsvermittlung gefällt und bisherige Modelle der Zusammenarbeit von Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit für verfassungswidrig erklärt. Es hat den Gesetzgeber beauftragt, bis Ende 2010 eine verfassungsrechtlich unbedenkliche Lösung zu finden. Das Gericht hat allerdings das Anliegen, die Grundsicherung für Arbeitssuchende „aus einer Hand“ zu gewährleisten, als sinnvoll bezeichnet.

Die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) verfolgte das Ziel, neben der Sicherung des Lebensunterhalts den Zugang von Langzeitarbeitslosen zum ersten Arbeitsmarkt durch umfangreiche Unterstützung und Förderung, passgenaue Hilfsangebote und eine effektive Vermittlung zu verbessern. Ein dem Grundgesetz entsprechender Auftrag wird also weiterhin der Aufgabenvollzug des SGB II bleiben. Besser und klarer wäre daher eine gesetzliche Änderung, die über die Bundesländer die Aufgabe regelt, nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern soziale Ausgrenzung und Armut gleichermaßen zu bekämpfen und diese Aufgaben, finanziell abgesichert durch Förderungen, auf die kommunale Ebene zu übertragen. Die Finanzierungsfrage würde damit bis Ende 2010 zwischen Bund und Ländern geklärt werden müssen.

Grundsätzlich sind der Ausbau und der Erhalt von Beratungseinrichtungen, Vereinen, Verbänden und Institutionen für Arbeitslose, für sozial gefährdete Personengruppen vom Kind bis zu den Rentnerinnen und Rentnern unverzichtbar.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Stadt keine Kürzungen von Förderungen bei Trägern von sozialen Maßnahmen und Projekten vornimmt, sondern deren Existenz ausreichend finanziell absichert.

### **Öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten**

Verantwortungsbewusstes politisches Handeln muss sich an den Werten Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit orientieren – so auch bei der öffentlichen Daseinsvorsorge. Gerade die Frage nach der Versorgung mit bezahlbarer Energie und sauberem Wasser wird zunehmend nicht mehr nur als Frage des Umwelt- und Klimaschutzes, sondern als Frage der Gerechtigkeit an Bedeutung gewinnen. In diesen Bereichen ebenso wie bei der Infrastruktur für den Transport, vielen sozialen Leistungen, Kultur, Bildung sind die Kommunen als kleinste politische Einheit gefordert, eine gerechte Versorgung durch dezentrale Lösungen zu finden.

All diese Leistungen, die städtische Firmen erbringen, erfüllen menschliche Grundbedürfnisse. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden sich gegen alle Privatisierungsinitiativen für städtische Betriebe. Wir wollen, dass die Stadt weiterhin die Aufgaben der Grundversorgung übernimmt und diese für alle BewohnerInnen zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung stellt.

### **Potsdam für TouristInnen attraktiver gestalten**

Dank der zahlreichen historischen Bauten und vielfältiger Angebote ist der Tourismus einer der am besten entwickelten Branchen der Stadt Potsdam. Doch Tourismus kann mehr. Er kann zum Motor regionaler Vermarktung und einer alternativen Verkehrsentwicklung werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- den Ausbau regionaler Vermarktung durch die Mithilfe der Potsdamer Gastronomie und der Potsdamer Lebensmittelgeschäfte
- die Erweiterung der autofreien Zonen
- die Stärkung des Fahrradtourismus

### **Internationale Zusammenarbeit als Standortfaktor nutzen**

Potsdam nutzt bisher kaum das Potential internationaler Zusammenarbeit. Jedoch könnten solche Projekte das Ansehen der Stadt auf internationalen Parkett deutlich aufbessern. Dabei geht es nicht nur um wirtschaftliche Projekte, sondern auch um den Wissens- und Kultur Austausch. Wir wollen das Potsdam eine Partnerschaft zu einer Stadt in einem Entwicklungsland aufbaut.

### **Ausgründungen aus der Wissenschaft und Existenzgründungen**

Die Gründung einer eigenen Firma ist immer mit essentiellen Fragen und Risiken verbunden. Das Centrum für Entrepreneurship und Innovation der Universität Potsdam (CEIP) und das GO:IN in Golm geben bereits erfolgreich Starthilfe für Ausgründungen (Spin Offs) aus der Universität und den Instituten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen diese innovative Entwicklung und fordern die Stärkung und Erweiterung des Konzepts.

### **Rahmenbedingungen für Unternehmen zukunftsfähig gestalten**

Die Ansiedlung bzw. Neugründung einer Firma in Potsdam wird z. T. durch hohe bürokratische und inhaltlich unnötige Hürden erschwert. So muss z. B. ein kleines Café in der Rudolf-Breitscheid-Straße, das direkt an alle öffentlichen Verkehrsmittel angebunden ist, Parkplätze

nachweisen oder eine entsprechend hohe Zahlung leisten . Derartige Auflagen sind weder hilfreich bei der Unternehmensgründung noch ökologisch sinnvoll und gehören auf den Prüfstand.

Potsdam soll in den Fragen einer gerechten und stabilen städtischen Wirtschaft eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir erkennen die Arbeit am "Public Corporate Governance Kodex" als einen Schritt in die richtige Richtung an und fordern, dies durch eine Verpflichtung in ökologischen und sozialen Fragen zu ergänzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Stadt Potsdam daher auf, über den "Public Corporate Governance Kodex" hinaus ein Corporate Social Responsibility (CSR) zu entwickeln. Dieser soll in Zusammenarbeit der städtischen Firmen, den Unternehmen in Potsdam, der IHK und der Universität ausgearbeitet werden.

### **Bestände sichern – langfristig wirtschaftliche Stabilität erreichen.**

Neben den wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten für Potsdam gilt unser Augenmerk den bereits vorhanden Unternehmen. Die Bestandspflege der ansässigen Wirtschaft verspricht Kontinuität und Attraktivität. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine langfristige Standortbindung erreichen.

Eine entscheidende Rolle spielen dabei Wirtschaftsfreundlichkeit und Serviceorientierung der einzelnen Verwaltungsebenen. Es liegt im Interesse der Kommune, Verwaltungshandeln so zu organisieren, dass es sich am Erhalt von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft orientiert. Die gesamte Stadtverwaltung ist gefordert, in ihren jeweiligen Aufgabenstellungen möglichst wirtschaftsfreundlich und kundenorientiert zu agieren.

In einer zunehmend wissensgeprägten Gesellschaft sind neben den harten Standortfaktoren das Zusammenkommen von drei „T's“: Technologien, Talente und Toleranz von entscheidender Bedeutung. Hierauf sollte Potsdam seine Strategie aufbauen. Das Potsdamer Toleranzedikt kann viel mehr auch dazu genutzt werden, für den Standort Potsdam zu werben.

Wir fordern deshalb, dass die Potsdamer Standortpolitik folgende Punkte verstärkt berücksichtigt:

- Entwicklung von Instrumenten, die Chancen, Risiken und Probleme von Firmen rechtzeitig erkennen
- Unterstützung bei der Suche von Kapitalgebern
- Unterstützung von Firmen bei Expansionsvorhaben
- Wirtschaftsfreundlichkeit und Serviceorientierung in allen Potsdamer Verwaltungsebenen
- Ausrichtung an den drei T's, den soften Standortfaktoren Technologie, Talente und Toleranz

## **VI. Potsdam – eine tolerante Stadt der Bürgerschaft**

### **1. Vielfalt leben**

#### **Für eine moderne Integrationspolitik**

Ein harmonisches Zusammenleben ist nur möglich, wenn Menschen fremder Herkunft gegenüber allen anderen in Potsdam lebenden Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben der Stadt teilhaben können. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass soziale, kulturelle und wirtschaftliche Interessen von Einheimischen und EinwanderInnen gleichberechtigt gefördert werden.

Die Stadt selbst muss weiterhin zur Integration beitragen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, das neue Integrationskonzept der Stadt umzusetzen und mit Leben zu füllen.

Wir stehen für die Förderung der Teilhabe und der Chancengleichheit von Menschen unterschiedlicher Herkunft, für die Förderung des interkulturellen Zusammenlebens von Zugewanderten und der Aufnahmegesellschaft, für die Förderung eines Bewusstseins zur Erkennung von Diskriminierung und Rassismus und die Stärkung von aktivem Handeln gegen Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit, für eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung, der Politik, sowie der öffentlichen und privaten Institutionen ein. Dazu gehört auch die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements von MigrantInnen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Arbeit des seit 1992 bestehenden Ausländerbeirates und die Arbeit der Ausländerbeauftragten.

Flüchtlinge, AsylbewerberInnen sollen grundsätzlich in Wohnungen in der ganzen Stadt leben können. Eine bessere Integration in das städtische Leben, ermöglicht ihnen mehr Unabhängigkeit. Durch die Unterbringung in Wohnungen werden die Kosten gesenkt, die bei einer Heimunterkunft entstehen. Die Integration von ZuwanderInnen muss bei der Erarbeitung, Fortschreibung und Umsetzung von Stadt- und Stadtentwicklungskonzepten (z. B. bei der Gliederung von Sozialräumen in Potsdam) einen hohen Stellenwert haben.

Die migrationspezifische Beratung und Unterstützung von Zuwanderinnen und Zuwanderern, soll die Beteiligung in allen Bereichen des sozialen, kulturellen und politischen Lebens fördern.

Häufige Zugangshindernisse sind vor allem Sprachbarrieren und Verständigungsschwierigkeiten, Informationsdefizite über Hilfsangebote und Versorgungssysteme und Unwissenheit über die Lebensumstände und Bedarfslagen von MigrantInnen. Hinzu kommen oft die fehlende Berücksichtigung religiöser Traditionen und die Angst vor den ausländerrechtlichen Folgen bei der Inanspruchnahme von Behörden und Diensten. Dass Asylsuchende ihren Wohnort nicht verlassen dürfen, schränkt ihre Lebensräume immens ein. Es muss ihnen mehr Bewegungsfreiheit zugestanden werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten nach wie vor dafür ein, die noch immer vorhandene, den Menschenrechten widersprechende „Residenzpflicht“, als strafbare Handlung, endgültig abzuschaffen.

Die medizinische Versorgung lässt insbesondere bei geduldeten Flüchtlingen und jenen mit ungesichertem Aufenthalt zu wünschen übrig: Nach dem Asylbewerber-Leistungsgesetz (Bundesgesetz) werden nur akute Krankheitsfälle behandelt.

Daher sind auch mehr Informationen über und zur Vorsorge nötig. Insbesondere bei dieser Gruppe besteht ein Anspruch auf große Teile der Vorsorgeuntersuchungen, wie beispielsweise die jährliche Krebsfrüherkennung für Frauen ab 20 und Männer ab 45 und allgemeine Gesundheitsuntersuchungen für alle 2 Jahre bei Menschen ab 35 Jahre.

Es sollte angestrebt werden, bereits vorhandene mehrsprachige Informationen bei der Migrations-Erstberatung in Potsdam an die ZuwanderInnen als Begrüßungspaket zu übergeben. In ei-

nem solchen Begrüßungspaket können Informationen zu Wohnen und zur Unterbringung, zur sprachlichen Integration, zu beruflicher Bildung, und zur Arbeitsmarktintegration, aber auch zur Gesundheitsversorgung, zur sozialen Beratung, zur Integration durch Sport und Kultur und zur Arbeitsweise der städtischen Verwaltung gegeben werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Bemühungen der Potsdamer Arbeitsgemeinschaft zur Grundsicherung für Arbeitssuchende(PAGA), Beschäftigungsmöglichkeiten gegen Entgelt für Asylbewerberinnen und Asylbewerber anzubieten. Dazu gehört es vorrangig, für junge, nicht mehr schulpflichtige MigrantInnen, Möglichkeiten für die Anerkennung und die Erlangung eines geeigneten Schulabschlusses, einer Berufsausbildung bzw. zur Aufnahme eines Studiums zu schaffen. Insbesondere unterstützen wir die Bemühungen der Stadt und der PAGA, sich für Jugendliche einzusetzen, die ohne festen Aufenthaltstitel in Potsdam aufwachsen (also Jugendliche mit Duldung oder Gestattung), und ihnen eine berufliche Ausbildung oder Studium zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Förderung von Weiterbildungsprojekten, von Kulturaustausch und anderen Integrationsideen.

Alle Menschen, die in Potsdam leben, sollten das Recht haben, die Politik der Stadt mitzugestalten. Deshalb treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schon lange für ein aktives und passives Wahlrecht von AusländerInnen in Deutschland ein, wenn diese mindestens zwei Jahre in Deutschland leben. Wir fordern den Oberbürgermeister dazu auf, sich für ein kommunales Wahlrecht für alle in Potsdam lebenden Menschen auf der politischen Landes- und Bundesebene einzusetzen.

### **Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt – für ein tolerantes Potsdam**

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sind die dunkle Seite einer ansonsten attraktiven Stadt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN engagieren sich im Beirat zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie, gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Der Aktionsplan muss auch in Zukunft kontinuierlich umgesetzt werden, seine Weiterentwicklung auf die neuen Ortsteile ist erforderlich.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Arbeit der Vereine und Institutionen, die sich für die Opfer rassistischer und fremdenfeindlicher Gewalt engagieren. Die Stadt und ihre BewohnerInnen sollten sich wach und offensiv für Toleranz und Demokratie in Potsdam einsetzen, und mit Vielfalt und Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eintreten.

Wir begrüßen ausdrücklich das Anliegen, ein neues Toleranzedikt der und für die ganze Potsdamer Bürgerschaft zu formulieren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nehmen aktiv an der Potsdamer Selbstverpflichtung zur Toleranz teil.

Potsdam ohne Toleranz wäre wie Potsdam ohne Sanssouci. Etwas Entscheidendes würde fehlen. Wir, die Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Potsdam, verpflichten uns zu einer Entwicklungsstrategie der Stadt, deren Basis Toleranz ist. Wir wünschen uns, dass der begonnene Dialog über ein neues, alle PotsdamerInnen einschließende Toleranzedikt den Ausgangspunkt für eine generationenübergreifende Selbstverpflichtung der Potsdamer zu einem toleranten Potsdam bildet. Wir wollen, dass das Nicht-Selbstverständliche selbstverständlich wird: Wer in dieser Stadt lebt oder wer in diese Stadt kommt, verpflichtet sich zur Toleranz!

## **2. Bürgerkommune Potsdam**

### **Bürgerkommune fördern**

Die Einbindung der Bürgerschaft in die Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse der Stadt, ist für Potsdam elementar wichtig. Die Erinnerung an die Wende, in der wir unsere Gesellschaft – auch hier in Potsdam – aktiv umgestaltet haben, ist noch bei Vielen lebendig.

In allen Bereichen der Kommunalpolitik verfügen die BürgerInnen über großes Fachwissen. Viele kennen die Probleme vor Ort aus erster Hand und können Auswirkungen von Entscheidungen in ihrer nächsten Nachbarschaft am Besten abschätzen. Und das ist nur ein Grund von vielen, sie stärker in die politischen Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Das stärkt die politische Kultur, zeigt den Menschen, dass sie mitgestalten können und macht wieder Lust auf Politik, Diskussionen und Eigeninitiative.

Dort wo Stadtentwicklung in Potsdam in der Zeit seit der Wende unzweifelhaft gelang, wurde sie in der Regel durch bürgerschaftliches Engagement initiiert und getragen. An anderen Stellen konnte durch kreativen und engagierten Widerstand seitens der Bürgerschaft verhindert werden, dass willkürliche Verwaltungsentscheidungen über die Köpfe der Betroffenen hinweg tatsächlich umgesetzt wurden. Die Initiative der Eltern- und Schülerschaft der Eisenhart-Schule („Wir bleiben Eisenhart“), die BI gegen die Netzverknüpfung, die BI gegen die ISES, Wildpark e. V., Griebnitzsee für alle, Berliner Vorstandt e. V., die BI Babelsberger Park sind eindrucksvolle Beispiele dafür. Auch wegen dieser Erfahrungen setzen wir uns dafür ein, dass die BürgerInnen frühzeitig und aktiv an Entscheidungen beteiligt werden.

Gerade in allen Fragen der Stadtentwicklung, die den Lebensalltag der Bürger unmittelbar betreffen, werden wir noch intensiver auf die Durchführung von Einwohnerversammlungen vor Ort drängen.

Fachbeiräte, ob stadtteil- oder fachbezogen, sind eine wichtige Ergänzung der kommunalen Meinungsbildung. Insbesondere das Stadt-Forum hat sich als konstruktives Element für die Stadtentwicklung etabliert. Hier wäre eine Erweiterung durch eine eigene Internet-Seite wünschenswert, auf der auch die herausgegebenen Dokumentationen zugänglich gemacht und archiviert werden könnten.

Wir unterstützen die Umsetzung des Bürgerhauskonzeptes und wünschen uns die Fortentwicklung der Bürgerhäuser zu sozialraumorientierten Zentren des Bürgerengagements. Wir schlagen vor, dass der Oberbürgermeister einmal im Jahr eine Sprechstunde in jedem Bürgerhaus abhält. Außerdem sollten in jedem Bürgerhaus Computer zugänglich sein, an denen Bürger das Online-Angebot der Stadt nutzen können, zum Beispiel auch zum Bürgerhaushalt.

### **Neue Kommunalverfassung bürgernah ausgestalten**

Die Große Koalition auf Landesebene hat es mit der neuen Kommunalverfassung verpasst, mehr Demokratie in den Kommunen festzuschreiben. An einigen Stellen ist es aber erlaubt, mehr Mitbestimmung vor Ort zu ermöglichen. Diese Möglichkeiten wollen wir weitestgehend ausnutzen. So schnell wie möglich wollen wir eine eigene Satzung für die Einwohnerbeteiligung. Diese soll zusammen mit BürgerInnen und Vereinen erarbeitet werden und neue Verfahren der Beteiligung festschreiben. So wollen wir, dass auch Kinder und Jugendliche mehr Rechte bekommen und die Beteiligung nicht nur gewährt wird, sondern ein eigenes Recht für die BürgerInnen wird.

Bis eine solche Satzung erstellt ist, wollen wir die Hürden für mehr Beteiligung über einen Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung senken. So wollen wir zum Beispiel das Quorum für Einwohneranträge von 5 Prozent auf 2 Prozent senken. Mit einem Einwohnerantrag kann die Stadtverordnetenversammlung gezwungen werden, sich mit einem bestimmten Thema zu beschäftigen.

## **Bürgerhaushalt weiterentwickeln**

Kommunalpolitik ist vor allem Haushaltspolitik. Die Bürgerkommune lebt von der Beteiligung ihrer BürgerInnen an der kommunalen Politik. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchten deshalb den Bürgerhaushalt zu einem echten Mitbestimmungsverfahren der Bürgerschaft erweitern.

Die bisherigen Bemühungen um einen Potsdamer Bürgerhaushalt haben zu einem beachtenswerten Erfolg geführt. Das fortentwickelte, internet-gestützte Verfahren der Vorschlagseinbringung und der Priorisierung der Vorschlagsliste durch die Bürgerschaft hat zu mehr Beteiligung geführt, aber auch die Erwartungen in der Bürgerschaft an die Einflussnahme auf den tatsächlichen Haushalt erhöht.

Die Erfahrungen mit dem bisherigen Potsdamer Bürgerhaushalt zeigen, dass ein Großteil der Bürgervorschläge auf Investitionen zielt. Um der Bürgerschaft über das Bürgerhaushaltsverfahren ein echtes Mitbestimmungsrecht an der Steuerung der Ausgaben im Investitionsbereich zu geben, schlagen wir vor, dass die Stadtverordneten mit dem jährlichen Haushaltseckwertebeschluss festlegen, dass zehn Prozent des städtischen Investitionsmittel (gemessen am Haushalt 2008 wären das 2,5 Millionen Euro) über das Bürgerhaushaltsverfahren konkretisiert werden. Das heißt, es würde durch die Bürgerschaft eine eigene Vorschlagsliste für Investitionen erstellt und priorisiert, anhand derer die 2,5 Millionen Euro investiert werden.

Statt bloße Anregungen für den Haushalt einzureichen, könnten die Potsdamer über den Bürgerhaushalt die Investitionstätigkeit der Stadt dadurch direkt mitbestimmen, wodurch die Beteiligung am Verfahren mit Sicherheit um ein Vielfaches zunehmen würde. Insgesamt würde die Investitionspolitik der Stadt zu einer öffentlichen Angelegenheit der ganzen Bürgerschaft.

Neben dem Investitionshaushalt können die Bürger auch weiterhin Vorschläge zu allen anderen Ausgaben und Einnahmen der Stadt einbringen. Hierbei gilt es das Bürgerhaushaltsverfahren noch stärker an die Rahmenbedingungen des doppelten Haushalts anzupassen. Wir erwarten von Stadtverordnetenversammlung und Verwaltung, die Potsdamer in Zukunft noch stärker zur Beteiligung am Bürgerhaushalt zu ermuntern und die eingebrachten Vorschläge in der Haushaltsplanung zu berücksichtigen und öffentlich Rechenschaft über den Umgang mit den Vorschlägen zu leisten.

## **Verwaltung bürgernah gestalten – Transparenz schaffen**

Bürgerfreundlichkeit und Service sollten die obersten Ziele der Stadtverwaltung sein. Wir begrüßen die Anstrengungen der Stadtverwaltung in diese Richtung.

Nach den jüngsten Erfahrungen – insbesondere mit der Bauverwaltung der Stadt – wurde jedoch deutlich, dass noch in vielen Bereichen der Verwaltung Verbesserungen notwendig sind. Wir fordern deshalb:

- eine zentrale Koordinierungsstelle für ein Eingaben- und Beschwerdemanagement im Oberbürgermeisteramt. Ziel ist es, jede Eingabe, Beschwerde und Anfrage zu erfassen, ihren Verlauf in der Verwaltung bis zur Beantwortung an den Bürger zu verfolgen und zu gewährleisten,
- ein Um- und Ausbau des Potsdamer Online-Angebotes. Dazu sollte auch ein online-gestütztes System für Eingaben und Beschwerden zählen. Insgesamt ist hier mehr Übersicht und Klarheit gefragt,
- die Einsetzung eines kommunalen Korruptionsbeauftragten,
- die Durchführung regelmäßiger Bürgerbefragungen zur Zufriedenheit mit dem Service der Verwaltung. Gerade ein zentral koordiniertes Eingaben- und Beschwerdemanagement eignet sich gut, um auf kontinuierlicher Basis seitens der Bürger evaluiert zu werden,

- die Erstellung eines kommunalen Vergabeberichts, um nachvollziehbar zu machen, welche Firmen bei der Auftragsvergabe durch die Stadtverwaltung aus welchen Gründen den Zuschlag erhalten.

### **Potsdam soll Mitglied bei Transparency International werden**

Mit einer Mitgliedschaft bei Transparency International würde Potsdam nach innen und außen ein deutliches Signal gegen Korruption setzen. Mit einem Beitritt zu dieser gemeinnützigen Organisation würde sich die Stadt verpflichten, auf allen Ebenen aktiv gegen Korruption vorzugehen und diese schon präventiv zu verhindern.

Das betrifft Schulungen für VerwaltungsmitarbeiterInnen genauso wie Selbstverpflichtungen aller Stadtverordneten. Für einen jährlichen Mitgliedsbeitrag von 1000 Euro wäre Potsdam Mitglied in einem bundesweit und auch international agierendem Netzwerk zur Schaffung von Transparenz und könnte somit auf vielfältige Erfahrungen von weiteren Netzwerkmitgliedern bei der Bekämpfung und Vermeidung von Korruption zurückgreifen.

Potsdam wäre nach Bonn, Halle (Saale) und Hilden erst die vierte Mitgliedskommune bei Transparency International in Deutschland.

## **3. Diskriminierung beenden**

### **Gleichberechtigung der Geschlechter schaffen**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich in allen Bereichen für Geschlechtergerechtigkeit ein. Frauenpolitik darf kein abgetrennter Politikbereich sein, in dem separat die Belange von Frauen und Mädchen behandelt werden. Vielmehr müssen diese in alle Bereiche der städtischen Politik mit einfließen. Um dies durchzusetzen, fordern wir von der Verwaltung, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedliche Lebenssituation und Interessen von Männern und Frauen zu berücksichtigen (Gender-Mainstreaming) - und dies nicht nur auf dem Papier, sondern in konkreten Projekten. In allen Haushaltsbereichen muss kontrolliert werden, ob öffentliche Ausgaben, Männern und Frauen gleichermaßen zugute kommen (Gender-Budgeting).

Für den Arbeitsmarkt sind folgende Dinge zu berücksichtigen: die konsequente Einhaltung von Gleichstellungsrichtlinien, eine öffentliche Auftragsvergabe an Firmen mit Gleichstellungsrichtlinien, eine Gleichstellungsquote bei Arbeitsförderungs- und Schulungsmaßnahmen, sowie konkrete Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung und Mobbing am Arbeitsplatz.

Frauen nehmen ihre Umwelt anders wahr als Männer und sind deshalb gezielt in lokale Entscheidungsprozesse einzubinden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen hier die Einrichtung einer FrauenZukunftswerkstatt vor, die als offenes Forum Ideen und Konzepte für Potsdam erarbeitet.

Potsdam braucht ein vielfältiges Angebot an Frauen- und Mädchenprojekten. Wir fordern eine kontinuierliche Mittelbereitstellung für Einrichtungen, Initiativen und Vereine mit frauenpolitischen und sozialen Konzepten. Wir wollen eine institutionelle Absicherung und Planungssicherheit für die nächsten Jahre durch angemessene Förderung der Personal- und Sachkosten. Wir sehen hier den Schwerpunkt bei dem Erhalt des Autonomen Frauenzentrums in Potsdam, das sich zunehmend als die unabhängige Institution einer aktiven Frauen-, Frauenkultur- und Mädchenarbeit etabliert hat.

Besonders wichtig ist das Engagement gegen Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen. Ihnen muss daher der ständige Zugang zu Beratungs- und Zufluchtsorten möglich sein. Auch deswegen treten wir für eine kontinuierliche materielle Förderung von Frauen- und Mädchenprojekten ein. Weiterhin fordern wir die Einrichtung einer Mädchenzufluchtsstätte. Die Unterbringung der

Opfer im geschlechtsgemischten Kinder- und Jugendnotdienst wird aus unserer Sicht der spezifischen Notlage misshandelter Mädchen nicht gerecht.

In vielen schulischen Bereichen sind Jungen heute das benachteiligte Geschlecht. Auch diesem Umstand wollen wir Rechnung tragen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Einrichtung eines Jungenbeauftragten in der Stadtverwaltung.

Viele Untersuchungen haben gezeigt, dass in unserem Bildungssystem oft auch Jungen benachteiligt sind. Vieles deutet darauf hin, dass auch das Fehlen männlicher Bezugspersonen in Kita und Schule dabei ein Problem ist. Wir wollen, dass die Stadt Potsdam seine Möglichkeiten bei der Schaffung von Geschlechtergerechtigkeit wahrnimmt. Dort, wo die Stadt im Bildungsbereich Personal beschäftigt, ist ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern anzustreben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass Projekte, die sich in diesem Bereich engagieren, weiterhin unterstützt werden. Als Beispiel ist hierbei das Projekt „aktion:sozial“ zu nennen.

### **Gleiche Rechte für Schwule und Lesben**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Gleichstellung und den Abbau von Diskriminierungen der Lebensweisen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender ein. In dieser Hinsicht wurde in den letzten Jahren viel erreicht. Noch immer sind aber einige wichtige Rechte für Homosexuelle nicht gewährt worden. Eine tatsächliche Gleichstellung ist noch nicht erreicht.

Wir unterstützen daher ausdrücklich die Schaffung eigener Möglichkeiten und Räume zur Beratung, Aufklärung, zur Begegnung und zum Feiern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Mitglied im Beirat des Brandenburger Christopher Street Day, der jährlich im April stattfindet, und wirken an der Vorbereitung dieses Ereignisses mit.

Den noch immer vorhandenen Diskriminierungen von Lesben, Schwulen und Bisexuellen und Transgender im Alltag, in der Familie, am Arbeitsplatz und in der Freizeit, muss entschieden entgegen gewirkt werden. Dies gilt auch für die immer häufiger auftretende Hassgewalt. Wir lehnen jede Form von Gewalt und Diskriminierung gegenüber Minderheiten ab.

Wir fordern die Verwaltung auf, die spezifischen Belange von Minderheiten weiterhin aktiv in den Blick zu nehmen und die Projekte, die sich gegen Diskriminierungen engagieren, entsprechend zu unterstützen. Ein wichtiger Schritt zur Sensibilisierung der Verwaltung ist die Benennung und öffentliche Bekanntmachung einer AnsprechpartnerIn für die Belange von Schwulen, Lesben und Bisexuellen und Transgender in Potsdam.

### **Mehrgenerationenhäuser fördern**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Anstrengungen von Vereinen und Verbänden in Potsdam Mehrgenerationenhäuser einzurichten. Sie sind wichtig, weil sie Familienberatung, -bildung und -unterstützung anbieten, freiwilliges Engagement für die Unterstützung des Aufwachsens von Kindern im Gemeinwesen mobilisieren und bestehende Angebote vernetzen. Die Häuser entwickeln darüber hinaus Angebote auch für die ältere Generation, schaffen den Dialog zwischen den Generationen und erleichtern den Zugang zu familiennahen Dienstleistungen.

## **VII. Kultur und Wissenschaft**

### **Kulturstadt Potsdam**

So wie die historischen Bauwerke und Gärten von der hohen Kultur vergangener Jahrhunderte zeugen und Potsdamer Einwohnerinnen und Einwohner ebenso wie Millionen Touristen faszinieren, hat sich auch heute in Potsdam eine lebendige, teilweise ebenso auf internationalem Niveau agierende Kulturszene etabliert.

Kultureinrichtungen in den verschiedensten Organisationsformen – als städtische Einrichtung wie das Potsdam-Museum, die Musikschule und das Alte Rathaus, als GmbH wie das Hans-Otto-Theater (HOT), der Nicolaisaal oder die Musikfestspiele, oder als freie meist in Vereinen organisierte Kulturträger – bieten ein reichhaltiges, vielfältiges und niveaivolles Kulturangebot.

Während sich die PotsdamerInnen einer fast unüberschaubaren Fülle von kulturellen Ereignissen gegenüber sehen, kommen zahlreiche Gäste gezielt auch aus Berlin und von weit her, um die künstlerischen Höhepunkte in Potsdam zu erleben.

Trotz jahrelanger Etatkürzungen in der Kultur konnte die kulturelle Vielfalt und ein hohes Niveau gehalten werden. Dazu hat das hohe Engagement der Kulturträger und zahlreicher BürgerInnen beigetragen. Die Erarbeitung kulturpolitischer Leitlinien führt zu einem Ausgleich in Bereichen, die bisher vernachlässigt wurden wie denen des Kulturellen Gedächtnisses, der Bildenden Kunst und der Medien.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich auch weiterhin für eine Verstetigung dieses Trends einsetzen und lehnen Kürzungen im Kulturret ab. Kultur sollte als Pflichtaufgabe der Stadt begriffen werden und darf deshalb nicht als Steinbruch im Haushaltssicherungskonzept dienen. Zur Finanzierung des Kulturangebotes sollten weitere Quellen durch Kultursponsoring und die Einrichtung einer Kulturstiftung erschlossen werden.

Wir unterstützen die von der Stadtverordnetenversammlung gesetzten Schwerpunkte der Kulturförderung für die nächsten fünf Jahre. Sie sind Ergebnis eines von Beginn an öffentlich und in Expertenrunden breit gefächerten Meinungsbildungsprozesses. Wir werden darauf achten, dass diese Ergebnisse in den nächsten Jahren schrittweise und mit ausreichenden finanziellen Mitteln kontinuierlich umgesetzt werden.

Als deutliches Defizit wurden die Kulturkoordination und das dazugehörige Marketing in der Stadt erkannt. Wir fordern, diesen Bereich endlich professionell auszustatten und die Kultur entsprechend ihrer Bedeutung besser im Stadtmarketing zu verankern. Die Kulturträger erarbeiten mit hohem Engagement ein exzellentes Angebot, das seine wirtschaftsfördernde Wirkung in der Stadt durch besseres Marketing wesentlich erweitern könnte.

### **Etablierte Kultureinrichtungen und freie Träger**

Wir unterstützen weiterhin Mehrjahresverträge für HOT, Musikfestspiel GmbH, Kammerakademie und die Kultureinrichtungen an der Schiffbauergasse, um ihnen Planungssicherheit und eine zukunftsorientierte Arbeit zu ermöglichen.

Genauso wichtig ist aber für uns die Unterstützung innovativer, auch kleinteiliger Kulturprojekte, besonders aus der Region. Deshalb begrüßen wir die Verdopplung der zur Verfügung stehenden Projektmittel und setzen uns für die Verstetigung dieser Mittel ein. Darüber hinaus fordern wir weitere konkrete Unterstützung, z. B. bei der Suche nach Räumen für Auftritte, Probenräume, der Bereitstellung von Technik, der Vernetzung, Hilfe bei der Suche von Sponsoren.

## **Gedächtnis der Stadt**

Das kulturelle Gedächtnis umfasst kulturgeschichtliche Schätze und Zeugnisse vom 17. bis zum 20. Jahrhundert, welche die städtische Identität gegenüber den königlichen Sammlungen in den preußischen Schlössern bildhaft vor Augen führen können. Die Kunstwerke des frühen 20. Jahrhunderts und der DDR-Zeit sind kaum bekannt, Kunstankäufe nach 1990 nicht mehr möglich gewesen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die Pflege des gesamten Spektrums des geistigen und kulturellen Gedächtnisses der Stadt.

Die Etablierung des Potsdam-Museums sowie die Fertigstellung der Depots sollte zügig umgesetzt werden, um die umfangreichen Sammlungen endlich der Öffentlichkeit präsentieren zu können. Die Weiterführung der Sammlungen durch Ankäufe ist zu fördern, die Zusammenarbeit mit den Archiven und Forschungseinrichtungen in Potsdam zu entwickeln.

Deshalb setzen wir uns auch für den Erhalt des Potsdamer Stasi-Archivs ein. Die Außenstelle Potsdam der Stasi-Unterlagenbehörde hat großen Anteil an der Aufarbeitung der DDR-Geschichte in der Stadt Potsdam. Sie muss mit ihrem Archiv für die politische Bildung und Forschung erhalten bleiben, ebenso für die persönlichen Anliegen der BürgerInnen.

## **Aus Intoleranz lernen – für eine kritischen Erinnerungskultur an authentischen Orten**

Potsdam ist geprägt durch seine kulturell und politisch vielfältige Vergangenheit. Nicht nur die Schlösser und Gärten, sondern auch Einrichtungen politischer Verfolgung und Unterdrückung der jüngeren deutschen Geschichte machen dies in der ganzen Stadt deutlich. Diese Orte gilt es als Anziehungspunkte für den Tourismus, aber auch als Stätten der politischen Bildung zu erhalten bzw. wieder zu errichten. Es sind die bedrückenden Zeugnisse der jüngeren Geschichte mitten in unserer Stadt, wie z. B. die Gedenkstätten in der Linden- und in der Leistikowstraße, die eine kritische Erinnerungskultur herausfordern.

Die Willkür beider deutscher Diktaturen wird an diesen beiden Orten deutlich. In der Lindenstraße 54/55 wurden während der NS-Diktatur Gegner des Nationalsozialismus inhaftiert und ein Erbgesundheitsgericht installiert. Nach Kriegsende hat der sowjetische Geheimdienst bis 1952 diesen Ort als Untersuchungsgefängnis genutzt, wie auch die Leistikowstraße 1, wo die zumeist unschuldig inhaftierten Deutschen und russischen Soldaten gequält, gefoltert und ohne Rechtsbeistand zu langjährigen Haftstrafen oder zum Tode verurteilt wurden.

Der DDR-Staatssicherheitsdienst hat danach in der Lindenstraße 54/55 bis zur Besetzung durch Potsdamer BürgerInnen im Dezember 1989 Frauen und Männer aus politischen Gründen unter furchtbaren Bedingungen eingesperrt und mit grausamen Verhörmethoden bis zur Verurteilung gequält. Das von der sowjetischen Besatzungsmacht zum Gefängnis umgebaute Pfarrhaus in der Leistikowstraße 1 hat der sowjetische Geheimdienst bis in die 80er Jahre weiter als Gefängnis für die eigenen Soldaten genutzt. Es ist das einzige im Original erhalten gebliebene Gefängnis des KGB in Deutschland. Deshalb begrüßen wir die Entscheidung der Bundesregierung und des Landes Brandenburg, dieses Areal zu einer nationalen Gedenkstätte auszubauen.

Gerade in der Soldatenstadt Friedrich Wilhelms I., in der die Nationalsozialisten den Tag von Potsdam inszeniert haben, in der DDR-BürgerInnen inhaftiert und russische Soldaten grausam gefoltert wurden, ist eine aktive Auseinandersetzung mit der Geschichte unerlässlich. Besonders wichtig sind für uns die Gedenkstätten gegen Gewaltherrschaft, Diktatur und Unfreiheit. Sie gilt es als Erinnerungsorte für die nachfolgenden Generationen zu gestalten und als Gedenkorte für die Opfer politischer Verfolgung zu erhalten. Nur so können Werte vermittelt werden, die den Menschen Widerstandskraft gegen totalitäre Ideologien verleihen.

Potsdam kann nur dann als tolerante Stadt gelten, wenn wir in Annschauung der Intoleranz der Vergangenheit daraus für die Zukunft lernen. Authentische Orte vergangener Intoleranz können so heute zu Orten gelebter Toleranz werden. Das Engagement der Fördervereine zur Bewahrung der Gedenkstätten gegen politische Gewalt in der Lindenstraße und in der Leistikowstraße begrüßen und unterstützen wir.

In der Lindenstraße 54 sind die Räumlichkeiten so auszubauen, dass sie als Gedenkstätte erlebt werden und dass die Schülerprojektwerkstatt endlich ausreichend Räume vor Ort für ihre wichtige Arbeit hat. Das ist ein übergreifendes und interdisziplinäres Bildungsprojekt, dessen Finanzierung nicht allein von der Stadt und nicht allein aus dem Kulturretat erfolgen muss.

Durch die behutsame Sanierung und den Neubau für die Besucherbetreuung werden dort gegenwärtig die Bedingungen für eine professionelle Gedenk-, Begegnungs- und Erinnerungsstätte geschaffen. Wir fordern die Erschließung der Kapelle im Augustastift, in der die Urteile gefällt wurden, als Gedenkstätte.

Wir unterstützen den Wiederaufbau der Garnisonkirche – beginnend mit ihrem Turm – als Gotteshaus der evangelischen Kirche mit dem besonderen Schwerpunkt der Friedens- und Versöhnungsarbeit in Gemeinschaft mit der weltweiten Nagelkreuzbewegung. Wir fordern die Stadt im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in der „Stiftung Garnisonkirche Potsdam“ auf, die Kirche in ihrer öffentlichen Arbeit nach ihren Kräften zu unterstützen, insbesondere auch in dem Anliegen, den von Potsdam ausgehenden Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur in seiner ganzen Breite in der Kirche zu gedenken.

Wir unterstützen den Wiederaufbau einer Synagoge in Potsdam. Die Realisierung unseres Antrages, mit Stolpersteinen an die jüdischen Opfer in der Stadt zu erinnern, wird von uns aktiv begleitet.

Die Kennzeichnung der Orte des Leidens und die Aufarbeitung der Schicksale ehemaliger ZwangsarbeiterInnen in Potsdam sind uns ein Anliegen. Wir setzen uns für den Erhalt von Mauerresten und Grenzanlagen als Denkmale ein und fordern die Kennzeichnung des ehemaligen Grenzverlaufs durch geeignete Maßnahmen.

An prägnanten Stellen sind entsprechende Informationstafeln aufzustellen. In Zusammenarbeit mit der Stadt Berlin setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Erhalt und Ausbau des Radweges entlang des ehemaligen Mauerstreifens ein. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die Dauerausstellung „Glienicker Brücke“ einer breiten Öffentlichkeit zugänglich bleibt. Zudem unterstützen wir aktiv durch unsere Mitglieder die Errichtung des Gedenkortes am Hiroshimaplatz.

### **Themenjahr 2009: „Die konstruktive Kraft des Bürgerwillens“**

Auf Anregung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde „Die konstruktive Kraft des Bürgerwillens“ in Korrespondenz mit dem Landesthema „Demokratie“ als übergreifendes Thema für das Jahr 2009 eingesetzt. Die Gründung der Stadtverordnetenversammlung 1809, die Gründung des Potsdam Museums und des Potsdamer Kunstvereins 1909 durch bürgerschaftliches Engagement und die friedliche Revolution von 1989 sollten Anlass sein für vielfältigste Aktivitäten wie Ausstellungen, Kolloquien und vieles andere mehr.

Wir unterstützen ebenso bürgerschaftliches Engagement bei der kulturellen Entwicklung in den Wohngebieten. Der Zugang zu kulturellen Angeboten muss für alle möglich sein. Mit den Kultureinrichtungen vereinbarte variable und ermäßigte Eintrittspreise sollen das unterstützen.

### **Wissenschaftsstadt Potsdam – Potenziale nutzen**

Potsdam hat mit einer Universität, einer Fachhochschule, einer Filmhochschule und vielen außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine Wissenschaftslandschaft, die bundesweit ihresgleichen sucht. Die Potenziale dieses Reichtums werden aber kaum genutzt. Die Niederlagen bei den beiden Wettbewerbsteilnahmen zur „Stadt der Wissenschaft“ haben im Vergleich mit den anderen Städten die Defizite klar aufgezeigt. Der Alltag der Studierenden, der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und ihrer Gäste muss stärker in den Alltag der Stadt eingebunden werden. Die Attraktivität Berlins als Wohnort für Studierende und die Verteilung der Hochschulstandorte am Stadtrand haben zur Folge, dass universitäres Flair Mangelware ist. Die Stadt Potsdam muss aber ein hohes Interesse daran haben, gut ausgebildete junge Leute früh

an die Stadt zu binden, um sie nach dem Studium hier zu halten. Das Kulturangebot ist dabei ein Schwerpunkt. Mit dem Studentischen Kulturzentrum in der Innenstadt ist ein Projekt ins Leben gerufen worden, das auch weiterhin von der Stadt unterstützt werden muss.

Aber auch die wissenschaftliche Ausbildung der Studierenden kann stärker von der Stadt Potsdam unterstützt werden. Neue Ansätze in der Verwaltung können durch Projektseminare begleitet werden, wie dies beispielsweise schon erfolgreich bei der Einführung des Bürgerhaushalts geschehen ist. Diesen Ansatz wollen wir Bündnisgrüne ausbauen. Darüber hinaus sollen auch sonst mehr Möglichkeiten geschaffen werden, Studierenden Einblicke in die Praxis von Verwaltung und stadteigenen Unternehmen zu geben, z. B. durch Praktika. Wir regen an, in Kooperationsvereinbarungen der Stadt mit den Hochschulen solche Wege zu verstetigen bzw. auszubauen.

Schon die Kinder und Jugendlichen an den Schulen sollen von dem Wissenschaftspotenzial unserer Stadt profitieren. Wir möchten, dass mindestens jede weiterführende Schule eine Partnerschaft mit einer wissenschaftlichen Einrichtung eingeht. Dies kann das Angebot der Schule sowohl im Unterricht als auch im Ganztagsbereich aufwerten und frühzeitig das Interesse der Forscherinnen und Forscher von morgen wecken. Die Erfahrung aus anderen Städten zeigt, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gern solche Chancen nutzen und dies auch als Bereicherung ihres Arbeitslebens empfinden.

Um die wissenschaftliche Arbeit in dieser Stadt auch deutlicher in das Bewusstsein der Potsdamerinnen und Potsdamer zu bringen, plädieren wir für eine zentrale Einrichtung, die Raum gibt für ständige Darstellungen der Potsdamer Wissenschaft und in dem durch vielfältige Veranstaltungen der Neugier der Potsdamerinnen und Potsdamer und ihrer Gäste stärker Rechnung getragen wird.

Natürlich kann die Wissenschaftslandschaft auch Motor von Existenzgründungen sein. Das GO IN in Golm ist dabei innovativer Vorreiter in Potsdam. Wir wollen, dass die Stadt diese Einrichtung in Zukunft weiterhin unterstützt und stärkt.